bbz
Berliner Bildungszeitschrift
GEW BERLIN
71. (86.) JAHRGANG
NOVEMBER 2018

Wildwuchs in der Erzieher*innen-Ausbildung

KINDER- UND JUGENDHILFE
Im Ganztag auf Augenhöhe zusammenarbeiten

SCHULE
Wir feiern 10 Jahre Gemeinschaftsschule

GLOSSE
Schulroboter berichtet aus dem Jahr 2030

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum ... 3-5/35

TITEL

Wildwuchs in der Erzieher*innen-Ausbildung *C. Muñoz del Rio* ... 6

Eine Frage der Qualität *T. Hampl* ... 8

Privatschulen ohne Aufsicht *C. Kunze* ... 10

Freie Träger sichern den Fachkräftebedarf *T. Wischnewski-Ruschin* ... 12

»Die Ausbildung hat einen hohen Praxisbezug« *Interview D. Beer* ... 14

KINDER-, JUGENDHILFE & SOZIALARBEIT

Erzieher*innen und Lehrkräfte müssen besser kooperieren *M. König* ... 15

SCHULE

Zehn Jahre Gemeinschaftsschule: Ein Grund zum Feiern *T. Erdmann* ... 16

Mit Latein auf Erfolgskurs an der Sonnenallee *U. Meuel / K. Will* ... 18

Welcher Lehrer*innenmangel? *I. Schaad* ... 20

Das Ende der Papierwüste *T. Nesyba* ... 21

BERUFLICHE BILDUNG

Das Berufsabitur verdient mehr Aufmerksamkeit *T. Isensee / K. Will* ... 22

Ausbildung bietet keine Sicherheit *S. Janczyk* ... 23

GLOSSE

Bericht eines Schulroboters ... 25

GEWERKSCHAFT

Gegen das Vergessen *N. Gertz / S. Stecher* ... 26

Dem Radikalenerlass entgegentreten *E. Leppin* ... 28

100 Jahre Novemberrevolution *J. Tetzner* ... 29

INTERNATIONALES

Auslandsschuldienst in Chile *B. Osuch / C. Velazquez* ... 30

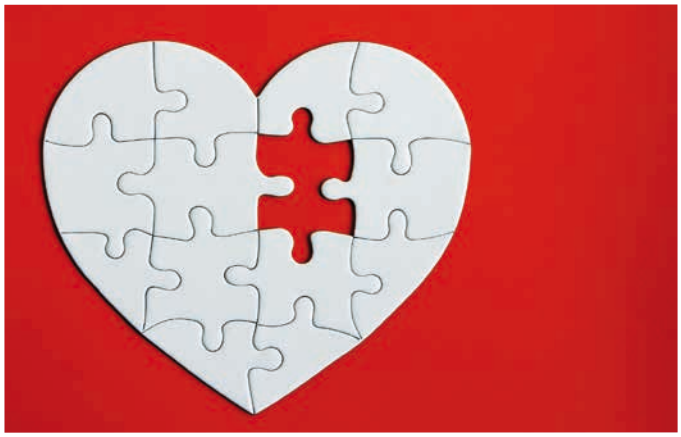
TENDENZEN

Lobbyismus aus den Schulen drängen *H. Bieg* ... 32

Wofür lernt Said? *Paul H.* ... 33

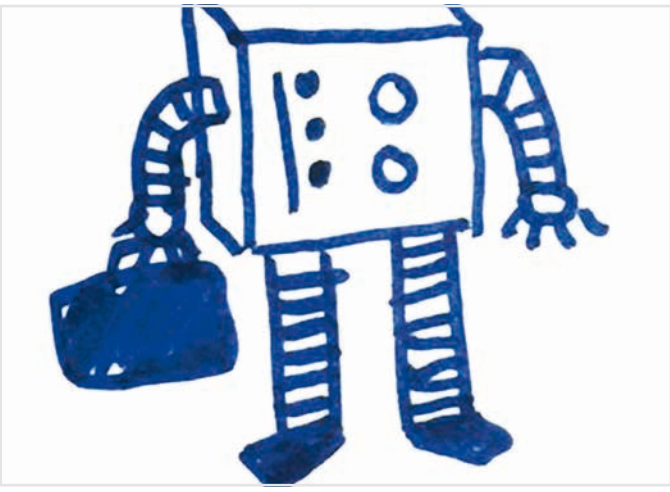
SERVICE

Bücher | Materialien | Aktivitäten ... 36



15 KINDER-, JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT In der Schule arbeiten Erzieher*innen und Lehrkräfte trotz zahlreicher Reformen immer noch nicht auf Augenhöhe. Bonuszahlungen sind kein ausreichender Ersatz für tarifliche Anpassungen, die der wichtigen Arbeit der Erzieher*innen Rechnung tragen würden. Martin König ruft zum Umdenken auf.

16 SCHULE Die Berliner Gemeinschaftsschule ist eine Erfolgsgeschichte. Als Vorreiterin der Inklusion und Garant für mehr Bildungsgerechtigkeit benötigt sie mehr Unterstützung aus der Senatsverwaltung, fordert Tom Erdmann.



25 GLOSSE Die Hälfte der Redaktion fand die Glosse von Ryan Plocher über den Arbeitsalltag des Schulroboters KNUT ganz nett, die andere Hälfte war begeistert. Eine der Hälften hat sich durchgesetzt. Unser Kollege Josef Hofman hat gezeichnet.

TITELBILD: BERTOLT PRÄCHT OBEN: HYEJIN KANG/FOTOLIA; MITTE: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE; UNTEN: JOSEF HOFMANN

LEUTE

Sandra Scheeres hat Eltern und Schüler*innen aufgerufen, sich nicht an dem Portal zu beteiligen, auf dem die AfD kritische Lehrkräfte melden lassen will. Das Portal säe Misstrauen, fördere Denunziantentum und vergifte das Schulklima, sagte die Bildungssenatorin. Als Dienstherrin werde ihre Verwaltung betroffene Lehrkräfte bestmöglich unterstützen. Die Senatsverwaltung bittet die Berliner Datenschutzbeauftragte um eine Überprüfung der Zulässigkeit des AfD-Vorhabens.

Rainer Hansel ist im August nach mehr als 25 Jahren als Vorsitzender des Personalrats für den Hochschulbereich an der Humboldt-Universität zu Berlin in den Ruhestand getreten. Hansel hatte in Russland Mathematik studiert und seine Karriere an der HU Berlin begonnen. Lange war er auch im Vorstand der GEW BERLIN aktiv. Hansel möchte jetzt mehr Zeit mit der Familie und mit Hobbies verbringen. Wir wünschen dir ganz viel Freude dabei, lieber Rainer!

Gunilla Neukirchen wurde als Vorsitzende der Vereinigung Berliner Schulleiterinnen und Schulleiter in der GEW (VBS) wiedergewählt. Die Leiterin des Beethoven-Gymnasiums in Lankwitz amtiert seit 2013. Wir wünschen uns eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit!

Eileen Hager heißt die neue Landesssschüler*innensprecherin in Berlin. In einem Interview mit dem Tagesspiegel hat sie sich über den Lehrkräftemangel beschwert. Sie sehe es »mehr als kritisch«, dass Quereinsteiger*innen in dem Ausmaß eingestellt würden. Vor allem an Grundschulen komme es besonders auf gute Lehrkräfte an. Die Lehrer*innenausbildung dauere ja nicht umsonst sechs Jahre!

Michael Rudolph, Schulleiter der Bergius-Schule in Friedenau, wehrt sich mit seinem Kollegium gegen das »mangelhaft«, das die Schulinspektion seiner Schule trotz gutem Ruf und guten Schüler*innenleistungen gegeben hatte. Der Pädagoge wird bei Kolleg*innen und Eltern für seine harte aber faire Hand geschätzt. »Wir arbeiten nicht für die Schulinspektion, sondern für die Schüler«, so sein Credo.

Der Demokratie verpflichtet

Die AfD versucht ihre Vorstellung von der »neutralen Schule« zu verankern: eine Schule, die menschenverachtende, ausgrenzende und antidemokratische Positionen als gleichwertig darstellt

Carsten und Julia Koschmieder

Lehrkräfte müssen »neutral« sein – diese Behauptung tauchte in den letzten Wochen häufig in der öffentlichen Debatte auf, sicher auch in vielen Lehrer*innenzimmern. Grund ist der Start eines Online-Portals, auf dem die AfD in mehreren Bundesländern, unter anderem auch in Berlin, Beschwerden über allzu kritische Lehrkräfte sammeln will. Die Verfechter*innen der Neutralität beziehen sich meist auf das Beamtinnenrecht sowie den Beutelsbacher Konsens, der regelt, dass gesellschaftliche Kontroversen auch an der Schule abgebildet werden müssen und Lehrkräfte den Schüler*innen keinesfalls ihre eigene Meinung aufdrängen dürfen.

Allerdings liegen dieser Argumentation zwei Missverständnisse zugrunde: Erstens geht es hier nur um parteipolitische Neutralität – Lehrkräfte dürfen beispielsweise keine bestimmte Partei bewerben. Es geht hingegen nicht um Neutralität im Hinblick auf Werte. Im Gegenteil: Eintreten gegen die Ideologie des Nationalsozialismus, für Menschenrechte, Toleranz gegenüber Religionen, Demokratie, Gleichstellung von Mann und Frau – die Schulgesetze der Länder geben Lehrkräften mit diesen oder ähnlichen Bildungsaufträgen sehr deutlich vor, dass sie nicht »neutral« sein dürfen. In der Praxis müssen Lehrkräfte bestimmte Positionen der AfD daher sehr deutlich kritisieren: Die Ablehnung von Pluralismus und die Vorstellung eines homogenen Volkes, die Ausgrenzung von Muslim*innen und Afro-Deutschen, Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus. All das dürfen und sollten Lehrkräfte kritisieren. Dass die Schüler*innen dabei am besten anhand von Quellen selbstständig zu einem Urteil gelangen sollen, entspricht dem Grundverständnis von politischer Bildung. Entscheidend ist aber, dass dieses Urteil die Grenzen des Demokratischen in den Blick nimmt.

Hier schließt sich das zweite Missverständnis an. Es beruht darauf, dass der Beutelsbacher Konsens verkürzt wiedergegeben wird. Das Kontroversitätsgebot gilt nämlich nur für Positionen innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Positionen hingegen, die grundlegende Werte der pluralistischen Demokratie ablehnen, sollen gerade nicht als gleichberechtigte Idee neben anderen stehen. In der Praxis kann das beispielsweise bedeuten, in einer Reihe zur Einwanderungspolitik exemplarisch die Positionen von CDU, SPD und Grünen zu analysieren, aber eben nicht die Vorstellungen der AfD, die in vielen Bereichen die Menschen- und Grundrechte missachtet. Das Parteiprogramm der AfD kann natürlich behandelt werden, dann allerdings beispielsweise unter dem Aspekt, inwieweit darin Grundlagen der pluralistischen Demokratie angegriffen werden.

Eine neutrale Schule würde menschenverachtende, ausgrenzende und antidemokratische Positionen als gleichwertig darstellen. Eine der Demokratie verpflichtete Schule hingegen bezieht eine klare Haltung – gegen derartige Positionen und alle, die sie vertreten. Da ist es nicht überraschend, dass gerade der AfD eine neutrale Schule so wichtig ist. Ihren Begriff von der neutralen Schule im öffentlichen Diskurs zu verankern, scheint ein Hauptziel ihrer Kampagne zu sein – neben der Einschüchterung engagierter Demokrat*innen, die sich dem Bildungsauftrag des Schulgesetzes verpflichtet fühlen. Die der Demokratie verpflichtete Schule muss dagegen verteidigt werden.

Julia Koschmieder ist Lehrerin an einem Berliner Gymnasium sowie abgeordnete Lehrkraft und Lehrbeauftragte an der Freien Universität. Carsten Koschmieder ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität. Gemeinsam haben sie zum Umgang mit der AfD (nicht nur) im Unterricht veröffentlicht, auf Konferenzen gesprochen und bieten Workshops an.

242.000 Menschen haben am 13. Oktober in Berlin für eine offene und freie Gesellschaft, für Solidarität und gegen Ausgrenzung demonstriert. Menschenrechte sind unteilbar, so das Motto der Großdemonstration, für die auch die Gewerkschaften kräftig mobilisiert haben.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Je ärmer die Schüler*innen, desto mehr Quereinsteiger*innen

Weil ausgebildete Lehrkräfte Schulen im sozialen Brennpunkt meiden, ballen sich dort doppelt so viele Quereinsteiger*innen wie an »normalen« Schulen. Das geht aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor. Wie die GEW so rät auch die Bertelsmann-Stiftung dazu, die Arbeit an sogenannten Brennpunktschulen attraktiver zu machen, um die Nachfrage zu erhöhen. Von einem monetären Anreizsystem rät sie ab. Stattdessen empfiehlt die Stiftung die Reduzierung der Pflichtstunden und eine schnellere Beförderung für Lehrkräfte an schwierigen Schulen.

Der Volksverpetzer

Die AfD sammelt in mehreren Bundesländern Schüler*innen-Beschwerden über angebliche »Verstöße gegen das Neutralitätsgebot« von Lehrkräften *(siehe auch Seite 3).* Schüler*innen sollen Lehrkräfte denunzieren, die sich kritisch zur AfD äußern. Auch in Berlin soll so eine Plattform noch im Oktober starten. Wie eine Antwort auf das Spitzelportal der Rechten aussehen kann, zeigen die Kolleg*innen in Hamburg: mit massenhaften Fake- und Spaß-Meldungen überfluten sie die Meldeplattform. Der Blog »Volksverpetzer« hat eine Sammlung der lustigsten Meldungen als Inspiration für Nachahmer*innen zusammengestellt: www.volksverpetzer.de/ social-media/8-lustigsten-eingaben. Tipps für Lehrkräfte, wie mit der AfD im Unterricht umzugehen ist, haben wir hier zusammen gestellt: www.gew-berlin.de/ 21773.php

Neues Kita-Gesetz vom Bund

5,5 Milliarden Euro sollen ab 2019 Umfang und Qualität der Kinderbetreuung verbessern. Dies kündigte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) Mitte September an, nachdem das Bundeskabinett ihren Entwurf für das »Gute-Kita-Gesetz« beschlossen hatte. Für Berlin wären das rund 270 Millionen Euro bis 2022. In Berlin soll damit unter anderem die Stärkung der Fachberatung für die inzwischen 5.000 Quereinsteiger*innen in den Kitas, die Entlastung der Kitaleitungen und die Stärkung der Kitas in schwieriger sozialer Lage finanziert werden. Bundesweit einheitliche Qualitätsstandards sind im Bundes-Gesetz nicht vorgesehen.

Senat plant weiter an der Zukunft vorbei

Die jüngste Lehrkräftebedarfsprognose der Kultusministerkonferenz zeigt, dass die Senatsverwaltung trotz akuten Lehrkräftemangels weiter deutlich unter Bedarf plant. Die KMK geht bis ins Jahr 2030 von einem Einstellungsbedarf für Berlin von mindestens 2.060 Lehrkräften pro Jahr aus (vor 2024 sogar deutlich mehr). Dem steht ein Angebot an Lehrkräften von maximal 2.000 gegenüber. Voraussichtlich werden es aber sehr viel weniger sein, da Berlin jedes Jahr sehr viele seiner Uni-Absolvent*innen im Referendariat verliert. Ein Beispiel für das Ausmaß der Fehlplanung für das Jahr 2024: in sechs Jahren wird Berlin mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen müssen, als Absovent*innen im Optimalfall die Hochschule verlassen. Berlin müsste jetzt umsteuern, um den Lehrkräftemangel zumindest für die Zukunft zu beenden.

Studiengang für Jugendamtsmitarbeiter*innen

An der Hochschule für angewandte Pädagogik kann seit Oktober ein neuer Bachelor-Studiengang mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe in Berlin absolviert werden. Die Studierenden sollen so auf die Arbeit in den bezirklichen Jugendämtern vorbereitet werden. Parallel dazu machen sie eine vergütete Ausbildung in einem bezirklichen Jugendamt. Der Studiengang ist mit einer kleinen Teilnehmer*innengruppe gestartet und soll im nächsten Jahr ausgebaut werden. Er wurde von den Bezirken und der Bildungsverwaltung gemeinsam mit der Hochschule konzipiert und gezielt auf den Bedarf in den Jugendämtern ausgerichtet.

Über 1.000 Lehrer*innen verlassen Berliner Schulen

Die Zahl der als dienstunfähig ausgeschiedenen Lehrkräfte hat ein Rekordhoch erreicht. Allein im vergangenen Schuljahr verließen 621 Lehrer*innen wegen Berufsunfähigkeit den Schuldienst. Das sind mehr

als doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Hinzu kommen 470 Kündigungen voll ausgebildeter Lehrkräfte – sechsmal so viel wie vor zehn Jahren. Viele Lehrkräfte, sogar quereingestiegene, wechseln in andere Bundesländer. Es ist offensichtlich: Der Beruf muss attraktiver und Nachteile angestellter gegenüber verbeamteten Kolleg*innen müssen abgebaut werden.

Lernmittelfreiheit bringt Schulen in Bedrängnis

Ab diesem Schuljahr müssen Eltern von Erst- bis Sechstklässlern kein Büchergeld mehr bezahlen. Waren die Eltern eines Kindes auf Sozialhilfen angewiesen, wurden sie von der Lernmittelzuzahlung von 100 Euro befreit. Das betrifft in Berlin jedes dritte Kind. Nun fehlt den Grundschulen Geld. In Pankow zum Beispiel stehen laut Schulstadtrat Torsten Kühne (CDU) statt 3,2 Millionen Euro im Jahr nur noch 1,9 Millionen Euro zur Verfügung. An Schulen, wo die Mehrheit der Eltern kein Büchergeld zahlen musste, ändert sich finanziell weniger. Das weist darauf hin, dass Schulen, an denen die meisten Eltern selbst gezahlt haben, bisher besser mit Büchern oder Smartboards ausgestattet waren als Schulen in schwierigerer Lage.

Lesen-durch-Schreiben in Brandenburg verboten

Wir hatten bereits über die kontrovers diskutierte »Reichen-Methode« berichtet, nach der Grundschüler*innen Lesen durch Schreiben lernen. Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst hat nun angekündigt, die Reichen-Methode ab dem Schuljahr 2019/20 an märkischen Schulen zu verbieten. Eine Studie der Uni Bonn hatte im September von der Reichen-Methode abgeraten. Der Grundschulverband hat die schnelle politische Reaktion auf die unveröffentlichte Studie als überstürzt und die Studie als unseriös bezeichnet, da sie die Daten zum methodischen Vorgehen und zur Nachprüfung der Ergebnisse nicht verfügbar gemacht hatte. In Berlin wird die Reichen-Methode in ihrer Reinform nicht angewendet.

Studieren mit Krankheit keine Seltenheit

11 Prozent der Studierenden in Deutschland haben eine Erkrankung, die ihr Studium beeinträchtigt. Mehr als die Hälfte dieser Studierenden (53 Prozent) ist psychisch erkrankt, das sind 8 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Das geht aus der Studie »Beeinträchtigt studieren – best2« des Deutschen Studentenwerks (DSW) und des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung hervor. Neun von zehn der betroffenen Studierenden gaben an, dass Prüfungsdichte, Präsenz- und Zeitvorgaben für sie zu starr seien. Der Studie zufolge haben nur 29 Prozent der Studierenden einen Nachteilsausgleich gefordert, der ihnen in vielen Fällen zustünde.

Berlin vergibt Lehramtsstipendien

Berlin vergibt zum Wintersemester 2018/2019 bis zu 100 Stipendien für den Wechsel in ein Lehramtsstudium. Die Senatsverwaltung hat das Stipendium gemeinsam mit den Berliner Universitäten entwickelt und stellt in diesem Jahr 600.000 Euro, im kommenden Jahr 1,2 Millionen zur Verfügung. Gefördert werden Absolvent*innen mit einem MINT-Abschluss ohne Lehramtsoption oder Studierende anderer Fächer, die im Rahmen eines Quereinstieg-Masterstudiengangs (Q-Master) ein MINT-Fach studieren werden. Voraussetzung für das Stipendium ist, in einem Q-Master zu studieren. Die monatliche Unterstützung soll 500 Euro betragen und eine anschließende Zulassung zum Vorbereitungsdienst samt Festanstellung nach bestandener Staatsprüfung sollen ebenfalls zugesagt werden. Die Absolven*tinnen werden verpflichtet, im Anschluss mindestens drei Jahre als Lehrkraft im Land Berlin tätig zu sein.

Initiative Kita-Krise

Anfang September wollte die Initiative Kita-Krise dem Berliner Bürgermeister Michael Müller (SPD) einen USB-Stick mit 70.000 Unterschriften übergeben. Die Botschaft: »Die Kita-Krise ist nicht vorbei«. Das klappte nicht, da dieser in einer Bürger*innensprechstunde war. So übergaben die Initiatior*innen Christiane Kroke und Matharina Mart ihre Forderungen dem Chef der Senatskanzlei, Christian Gaebler (SPD). Viele Familien haben noch immer keinen Kitaplatz für ihre Kinder gefunden, obwohl ihnen zum August eine Entspannung der Lage versprochen worden war. Mahrt und Kroke trafen Müller später und berichteten resigniert, dass dieser zwar seine Unterstützung für die Initiative zugesichert habe. Die Frage, ob er die Forderung nach einer sofortigen Zulage für Erzieher*innen umsetzen wolle, habe er allerdings nicht beantwortet. ■

ÜBRIGENS

Gewundert hat sich vielleicht manch aufmerksame*r Leser*in über die Kaffeeflecken in der letzten *bbz*. Wie die da reingekommen sind? Unsere kreative Layouterin hatte der Redaktion vorgeschlagen, sie zu drucken – als verbindendes Element für den Studierenden-Titel.

Eine lustige Idee fanden wir und waren sofort einverstanden. Dieses Mal rankt sich der Efeu, als Symbol für das unkontrollierte Wachstum der Fachschulen für Erzieher*innen, über die ersten Seiten des Heftes.

Wir machen uns häufig viele Gedanken übers Layout und fragen uns manchmal, ob unsere Leser*innen das überhaupt merken und ob es ihnen gefällt. Fallen euch die grundsätzlichen Neuerungen in diesem Heft auf? Wie immer gilt, wir freuen uns über konstruktive Rückmeldung. Viel Spaß beim Betrachten! *CMdR*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die Redaktion freut sich über Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. ***Also schreibt für die bbz!*** Schickt eure Texte an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS – IMMER MITTWOCH

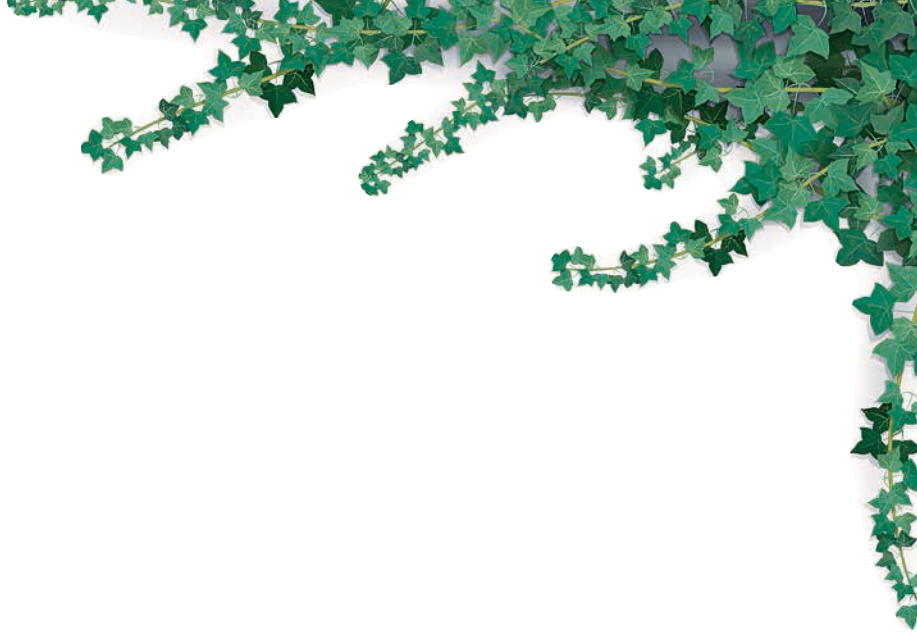
Januar/Februar 2019: 28. November
März 2019: 23. Januar

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Doreen Beer, Josef Hofman, Manuel Honisch, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Bertolt Prächt (Fotos), Gelareh Shahpar (studentische Hilfskraft), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 15 vom 1. November 2018
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 11/2018: 30.000

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der *bbz* veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.



Wildwuchs in Berlin

Erzieher*innen-Ausbildung außer Kontrolle

von Caroline Muñoz del Rio

Berlin braucht Erzieher*innen. Der Ausbau der Kindertagesstätten und die Ausweitung der Ganztagsbetreuung an den Schulen sowie die Altersstruktur der Erzieher*innen führen nach Schätzungen der GEW BERLIN bis zum Jahr 2025 zu einem Mehrbedarf an 8.500 zusätzlichen Erzieher*innen in Berlin. Als Reaktion auf den steigenden Bedarf hat der Senat die Ausbildungskapazitäten für Erzieher*innen massiv erhöht. Aber anstatt in einen Ausbau des öffentlichen Schulwesens zu investieren, hat der Senat einen Wildwuchs an Fachschulen in freier Trägerschaft befördert. Mehr als zwei Drittel der aktuell rund 9.000 Studierenden werden in Fachschulen in freier Trägerschaft ausgebildet. Thomas Hampl verschafft mit seinem Artikel einen Überblick über die Probleme, die das mit sich bringt *(Seite 8 bis 9)*.

Das Ziel »möglichst schnell, möglichst viele« Erzieher*innen auf den Markt zu bringen, hat die Qualität in den Hintergrund treten lassen. Während die staatlichen Schulen durch Schulaufsicht und Schulinspektion engmaschig kontrolliert werden und ein Qualitätsmanagement nachweisen müssen, beschränkt sich die Schulaufsicht der Schulen in freier Trägerschaft auf die Einhaltung der Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen. Ist die staatliche Anerkennung einmal gewährt, können diese Schulen nahezu unbeobachtet und ungehindert agieren. Christina Kunze erläutert die rechtlichen Grundlagen für die Verfahren und betrachtet die Situation der Lehrkräfte an den freien Schulen *(Seite 10 bis 11)*.

Bei aller Kritik an der mangelnden Qualitätskontrolle ist es uns wichtig zu erwähnen, dass es in Berlin gute Tradition ist, dass die Erzieher*innen-Ausbildung sowohl an staatlichen Fachschulen als auch an Schulen in freier Trägerschaft erfolgt. Die etablierten freien Schulträger sind allerdings gemeinnützig tätig, wie beispielsweise Kirchen und Wohlfahrtsverbände. Das kommerzielle Interesse steht bei ihnen nicht im Vordergrund. Das lässt sich längst nicht mehr über alle Wettbewerber sagen. Torsten Wischnewski-Ruschin vom Paritätischen Wohlfahrtsverband weist in seinem Artikel auf die wichtige Rolle der freien Träger bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs hin *(Seite 12 bis 13)*.

Abschließen wollen wir unseren Schwerpunkt mit einem Interview mit Désirée Gromilovich. Désirée macht ihre Ausbildung zur Erzieherin an einer Schule in freier Trägerschaft *(Seite 14)* und ist alles in allem zufrieden mit ihrer Schule. Die Kritik an den freien Schulen findet sie überzogen. ■

von Caroline Muñoz del Rio,
verantwortliche Redakteurin der bbz

Information:
*Noch nicht genug zur Erzieher*innen-Ausbildung?*
*Die GEW BERLIN hat im Juni dieses Jahres ein ausführliches Positionspapier zu diesen und weiteren Herausforderungen rund um die Erzieher*innen-Ausbildung vorgelegt, nachzulesen unter www.gew-berlin.de/bbz*

FOTO: BERTOLT PRÄCHT; LINKS: BELANDER/FOTOLIA

Eine Frage der Qualität

Die Senatsbildungsverwaltung fördert das unkontrollierte Wachstum an gewerblichen Schulträgern im Bereich der Berliner Erzieher*innenausbildung

von Thomas Hampl

Obwohl der Erzieher*innenmangel in vielen Bereichen offensichtlich ist, nehmen die Anmeldungen zur Erzieher*innen-Ausbildung an den staatlichen Fachschulen im Land Berlin ab. Ein Grund dafür ist sicher die gute Konjunkturlage, die dafür sorgt, dass in vielen Bereichen um qualifizierte Auszubildende geworben wird. Aber auch die Berichterstattung über die Arbeitsbedingungen im Berliner Erziehungswesen sorgt für eine Umorientierung der potentiellen Interessent*innen. Die schlechten Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig geringer Bezahlung lassen den Erzieher*innenberuf für viele Kandidat*innen an Attraktivität einbüßen. Eine Reaktion der Senatsverwaltung auf diese Entwicklung besteht in der Ausweitung des Privatschulsektors.

Während berlinweit das Augenmerk auf fehlende Erzieher*innen gerichtet ist, wird die Frage nach der Qualifikation der betreffenden Personen oft überhaupt nicht mehr gestellt. Hier hat sich die Berliner Senatsverwaltung offensichtlich dem öffentlichen Druck ergeben und nahezu sämtliche Qualitätskriterien über Bord geworfen.

Um mehr Menschen zur Arbeit in den Bildungseinrichtungen zu bewegen, wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Versuche unternommen. Zunächst sollten über die sogenannte Nichtschülerprüfung Menschen für den Erzieher*innenberuf qualifiziert werden, die zwar im pädagogischen Bereich tätig waren, dort aber keinen beruflichen Abschluss hatten. Diese nachvollziehbare Idee wurde aufgrund der regen Nachfrage weiter ausgebaut. Bald wurden nicht nur Menschen, die zu dem Zeitpunkt im pädagogischen Bereich tätig waren, zur Prüfung zugelassen, sondern auch solche, die irgendwann mal im pädagogischen Bereich tätig gewesen waren. Aufgrund des Erzieher*innenmangels sah die Senatsverwaltung alsbald auch den Begriff »pädagogischer Bereich« nicht mehr ganz so eng. So kam es dazu, dass die Betreuer*innen einer Ferienfreizeit und Haushaltskräfte aus Kitas sich zur Nichtschülerprüfung anmeldeten. Diese Personen bereiteten sich autodidaktisch auf die Prüfung vor und wurden dann nach einem Jahr geprüft. Größtenteils förderte das Arbeitsamt auch die Prüfungsvorbereitung.

Die Folge war, dass sich findige Geschäftemacher*innen auf diese Nichtschülerprüfung zu konzentrieren begannen und Vorbereitungskurse anboten, die natürlich nicht kostenlos waren. Die Durchfallquoten der Prüfungen, die durch die staatlichen Fachschulen durchgeführt wurden, waren aufgrund der unprofessionellen Vorbereitung der Prüflinge entsprechend hoch. Mittlerweile ist der Markt für potentielle Kandidat*innen scheinbar ausgeschöpft, denn die Anmeldungen zu dieser Prüfungsform nehmen inzwischen ab. Skandalös ist die Tatsache, dass die Senatsverwaltung einen Teil der eigenen Ausbildungsverpflichtung an einen privaten Markt transferiert und diesen dann über die Förderung der Kursgebühren durch das Arbeitsamt auch noch subventioniert.

Senat bezahlt Schulgeld an private Schulträger

Diese Entwicklung wird mittlerweile auf die Spitze getrieben. Aufgrund des Fachkräftemangels hat die Senatsverwaltung privaten Anbietern nun auch die Tür zur regulären Erzieher*innenausbildung geöffnet. Bisher wurde die Ausbildung in Berlin zum einen durch sechs staatliche Erzieher*innenfachschulen und zum anderen durch seit langen Jahren existierende gemeinnützige Schulträger (wie beispielsweise Kirchen oder Sozialverbände) gewährleistet. Seit einigen Jahren ist nun ein zunehmender Wildwuchs an gewerblichen Schulträgern mit kommerziellen Interessen im Bereich der Berliner Erzieher*innenausbildung zu beobachten.

Die Schulen finanzierten sich in der Vergangenheit unter anderem über ein Schulgeld, das von den Schüler*innen zu entrichten war. Seit 2016 wird dieses Schulgeld in Form einer Pauschale in der Regel durch die Senatsverwaltung übernommen. Die Berliner Senatsverwaltung bezahlt also Schulgeld an private Träger, obwohl sie selbst sozialpädagogische Fachschulen betreibt, in denen die Erzieher*innenausbildung auf hohem fachlichen Niveau angeboten wird.

Auch in diesem Bereich unterstützt man also den privaten Bildungssektor, der zu einer Qualitätsverringerung im Erziehungswesen beiträgt. Ob diese Sub-

FOTO: : BELANDER/FOTOLIA

vention tatsächlich geplant ist oder ob dieser Entwicklung nur eine Fehleinschätzung der Senatsverwaltung über die Entwicklung des Bedarfs an Erzieher*innen zugrunde liegt, ist schwer zu sagen. Es spricht aber einiges für eine strategische Entscheidung der Senatsverwaltung gegen das öffentliche Schulwesen.

Erzieher*innen prüfen Erzieher*innen

Die Ausbildung der dringend benötigten Erzieher*innen wird also zunehmend an kaum regulierte gewerbliche Schulträger outgesourct. Die Senatsverwaltung nimmt hier faktisch keine Schulaufsicht wahr *(siehe Seite 10 bis 11)*. Während an den staatlichen Erzieher*innenfachschulen nur voll ausgebildete Lehrkräfte unterrichten dürfen, unterrichten an vielen gewerblichen Fachschulen Erzieher*innen als Dozent*innen. In Seminaren der GEW saßen schon Studierende, die von ihren Privatschulen dorthin zur Fortbildung geschickt wurden, weil die eigenen Dozent*innen bestimmte prüfungsrelevante Themen nicht abdecken konnten.

Die Abschlussexamen werden dann ohne externe Prüfer*innen, beispielsweise von staatlichen Schulen, abgenommen. Die Absolvent*innen der privaten Schulen werden also von Prüfer*innen geprüft, die teilweise selbst erst vor wenigen Monaten die Ausbildung abgeschlossen und in keiner Weise eine didaktische Ausbildung genossen haben.

Hinzu kommt, dass Schüler*innen dazu neigen, die Ausbildung dort zu absolvieren, wo der erfolgreiche Ausbildungsabschluss sicher erscheint und das beste Abschlusszeugnis erreicht werden kann. Über elektronische Medien und im Rahmen der Praktika findet bei den Schüler*innen ein reger Austausch darüber statt, wo die Ausbildung mit dem geringsten Aufwand absolviert werden kann. In der Folge wechseln die Schüler*innen zunehmend von öffentlichen zu privaten Trägern, denn dort sind die Anforderungen geringer.

Denn natürlich haben die privaten Träger kein Interesse daran, die Anforderungen für die eigenen Schüler*innen zu hoch zu halten. Ansonsten wechseln diese eben zu einem »angenehmeren« Institut und das eigene Geschäftsmodell wäre bedroht. Da die Institute die Schüler*innen selbst prüfen und bewerten, liegt es auf der Hand, dass auch dort nicht besonders genau hingesehen wird.

Die 2016 eingeführte neue Sozialpädagogikverordnung bietet den Absolvent*innen der qualitativ hochwertigen Institute die Möglichkeit, sich in der neu etablierten zentralen Abschlussprüfung von den anderen Absolvent*innen durch bessere Leistungen abzugrenzen. Sinnvoll ist diese jedoch nur, wenn die Schüler*innen der privaten Schulen nicht durch die eigenen Dozent*innen geprüft werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Prüfer*innen natürlich kein Interesse an einer zu negativen Beurteilung haben, da ansonsten der eigene Arbeitsplatz gefährdet ist.

Ganz nebenbei entspricht diese Logik auch dem Bedarf der Senatsverwaltung, möglichst schnell, möglichst viele Erzieher*innen auf den Berliner Markt zu bringen, um endlich den Engpass in diesem Bereich vom Tisch zu haben.

»Es gibt immer mehr gewerbliche Schulträger mit kommerziellen Interessen in der Erzieher*innenausbildung«

Es gilt schnellstmöglich für ordnungspolitische Veränderungen zu sorgen, um einheitliche Qualitätsstandards durchzusetzen, die für alle Interessierten an der Ausbildung wie auch für Kitaträger und Eltern transparent und vergleichbar sind. Im Bereich der Erzieher*innenausbildung darf die Qualität nicht länger zugunsten der Quantität geopfert werden.

Von Nöten ist eine Neuausrichtung der Berliner Bildungspolitik, die, wie in vielen unterschiedlichen Parteiprogrammen vor den Wahlen formuliert wurde, den Bildungsbereich sowohl in quantitativer vor allem aber auch in qualitativer Hinsicht voranbringt. ■

Thomas Hampl, Lehrer an der Jane-Addams-Schule (OSZ Sozialwesen) und Mitglied des Leitungsteams der Abteilung Berufsbildende Schulen der GEW BERLIN

FOTO: DOREEN BEER

Privatschulen ohne Aufsicht

Immer mehr Schüler*innen lernen an immer mehr privaten beruflichen Schulen. Privatschulen unterliegen im Gegensatz zu staatlichen Schulen einer beschränkten Kontrolle

von Christina Kunze

Laut Statistischem Bundesamt hat sich die Anzahl der privaten beruflichen Schulen in den letzten 25 Jahren ungefähr verdoppelt. Rund 10 Prozent aller Schüler*innen an beruflichen Schulen in Deutschland lernen an privaten Schulen. In Berlin ist der Anteil deutlich höher und bewegt sich auf 20 Prozent zu.

Man mag den Trend zur Privatisierung der beruflichen Bildung besorgniserregend und bildungspolitisch falsch finden. Rein rechtlich gibt es aber auf der Basis des Grundgesetzes einen Anspruch auf Genehmigung privater Schulen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Einzelheiten regeln die Landesgesetze. Für das Land Berlin sind die Bestimmungen für Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) im siebenten Teil des Berliner Schulgesetzes (SchulG) geregelt.

Die Genehmigung für die Aufnahme des Schulbetriebs einer Privatschule laut § 98 SchulG ist unter anderem zu erteilen, wenn die private Schule in ihren Lehrzielen und Einrichtungen nicht hinter öffentlichen Schulen zurücksteht, sie allen Schüler*innen, ohne Rücksicht der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern, offensteht (Sonderungsverbot), die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurücksteht und die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte genügend gesichert ist.

Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte gilt als abgesichert, wenn über das Angestelltenverhältnis ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wird, wenn für die Lehrkräfte eine Anwartschaft auf Versorgung auf der Basis der Angestelltenversicherung erworben wird, wenn die Vergütung hinter den Gehältern an öffentlichen Schulen nicht wesentlich zurückbleibt und regelmäßig gezahlt wird.

Privatschulen als staatliches Sparmodell

Für die rechtliche Stellung folgt daraus, dass eigentlich alle Lehrkräfte an Privatschulen einen Angestelltenvertrag haben müssten, um auch Urlaub und einen Anspruch für die soziale Absicherung zu erhalten. Da besonders in der beruflichen Bildung Lehrkräfte häufig als Spezialisten mit einem geringen Stundenanteil an den Privatschulen arbeiten, werden zahlreiche Lehrkräfte auf Honorarbasis beschäftigt. In diesen Fällen wird eine ausreichende Sicherung der rechtlichen Stellung angenommen, wenn die Mehrheit der in einem Bildungsgang zu unterrichtenden Stunden von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis erteilt werden.

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Stellung genügt die Vergütung dann den Anforderungen, wenn grundsätzlich die Grenze von 75 Prozent der Vergütung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nicht unterschritten wird.

Für den Staat werden Privatschulen so zum Sparmodell, da die finanzielle Förderung von Ersatzschulen an eine Wartefrist gebunden ist. Dabei wird ein Zuschuss erstmalig drei Jahre nach Eröffnung der Ersatzschule gewährt, frühestens jedoch, wenn der erste Schüler*innenjahrgang die letzte Jahrgangsstu-

FOTO: CAROLINE MUÑOZ DEL RIO; LINKS: BELANDER/FOTOLIA

»Um die hohe Qualität der beruflichen Bildung zu gewährleisten, braucht es einheitliche Standards für alle Schulen«

fe erreicht. Das sind bei beruflichen Schulen in der Regel drei Jahre. Gemäß § 101 SchulG beträgt der Zuschuss bei beruflichen Schulen 100 Prozent der tatsächlichen Personalkosten der Privatschule, aber höchstens 93 Prozent der Personalkosten der vergleichbaren öffentlichen beruflichen Schule. Das zahlen letztlich die Beschäftigten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und geringerer Bezahlung.

Grundsätzlich kann an einer Privatschule jede Lehrkraft unterrichten, die auch die fachliche Eignung für eine öffentliche Schule erfüllt. In der Regel sind dies grundständig ausgebildete Lehrkräfte. Das Berliner Schulgesetz sieht aber auch die Möglichkeit vor, die fachliche Eignung durch gleichwertige freie Leistungen nachzuweisen. Dieses trifft wegen der starken Spezialisierung bei einzelnen Fächern schwerpunktmäßig auf die Privatschulen in der beruflichen Bildung, zum Beispiel in der Erzieher*innenausbildung und der Altenpflege, zu.

Die Anerkennung dieser Leistungen erfolgt immer in einer Einzelfallentscheidung. Dabei wird geprüft, ob die vorhandene fachliche beziehungsweise wissenschaftliche Ausbildung sowie die ausgeübten Tätigkeiten als Ersatz für die an sich erforderliche Ausbildung und erforderlichen Prüfungen angesehen werden können.

In Zeiten akuten Lehrkräftemangels ist es allerdings fraglich, ob Privatschulen auf ausreichend qualifiziertes Personal zurückgreifen können. Die wenigsten Schulträger wenden den Tarifvertrag der Länder (TV-L) an oder zahlen angemessene Honorare.

Die Prüfung der formalen Voraussetzungen für die Aufnahme des Schulbetriebs erfolgt zunächst nach Aktenlage der bei der Senatsbildungsverwaltung eingereichten Unterlagen. Gemäß § 95 SchulG unterstehen die Schulen in freier Trägerschaft der Aufsicht der Schulaufsichtsbehörde. Die staatliche Schulaufsicht beschränkt sich aber auf die (dauerhafte) Einhaltung der Voraussetzungen für die Genehmigung beziehungsweise Anerkennung.

Selbst wenn vor Ort lediglich überprüft werden soll, dass Lehrkräfte in einem wirtschaftlich und rechtlich gesicherten Arbeitsverhältnis stehen und nicht prekär beschäftigt werden, oder um auf Beschwerden von Schüler*innen, Auszubildenden oder Lehrkräften schulaufsichtlich adäquat reagieren zu können, wäre es erforderlich, die Schulaufsicht für die privaten beruflichen Schulen personell so auszustatten, dass sie dieser Aufgabe auch gerecht werden kann. Auch der Rechnungshof hält eine vertiefte Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen für erforderlich, steht und fällt damit doch auch die regelmäßige Überprüfung der Fördervoraussetzung.

Im Hinblick auf das Sonderungsverbot versagt die Kontrolle seitens der Schulaufsicht ebenfalls, wie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in einem Discussion Paper vom Juli 2017 festgestellt hat. In der Dienstkräfteanmeldung für den laufenden Doppelhaushalt sind lediglich zwei Personen für die Schulaufsicht berufliche Schulen in freier Trägerschaft beantragt. Damit lassen sich die 127 Schulen in diesem Bereich nicht rechtskonform überprüfen. Nur eine handlungsfähige Schulaufsicht kann sicherstellen, dass die gesetzlichen Vorgaben für die Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen auch konsequent umgesetzt werden können.

Wie garantiert der Staat seinen Erziehungsauftrag?

Privatschulen verfügen über eine große Freiheit der internen Gestaltung der Unterrichtsinhalte und Organisation, da sie weder verpflichtet sind, sich ein Schulprogramm geben zu müssen, noch der Kontrolle durch die Schulinspektion unterliegen. Da stellt sich auch die Frage nach dem generellen Erziehungsauftrag nach § 1 des Schulgesetzes. Wie stellt der Staat sicher, dass dies gewährleistet ist? Gerade an beruflichen Schulen, wo viele Honorarkräfte unterrichten, fehlt hier sogar die Kontrolle durch den Arbeitgeber, da dieser ja gegenüber Honorarkräften nicht weisungsbefugt ist.

Fraglich ist auch, ob in allen Privatschulen die ***Lernfeldorientierung*** in der beruflichen Bildung nachvollzogen wird. Verpflichtend ist das für sie nicht. Hinzu kommt, dass die wenigsten Lehrkräfte vollständige Lernfelder unterrichten können, sondern eher in sehr eng begrenzten Themenbereichen eingesetzt werden. Das fördert weder handlungsorientiertes ganzheitliches Lernen, noch Teamstrukturen.

Wenn in der Debatte um die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen ein Qualitätsmanagement mit der Entwicklung einheitlicher Standards gefordert wird, dürfen die beruflichen Schulen in freier Trägerschaft davon nicht ausgenommen werden, um die hohe Qualität der beruflichen Bildung auch weiterhin auf allen Ebenen zu gewährleisten.

Lernfeldorientierung: *Der Unterricht in fast allen Ausbildungsberufen ist lernfeldorientiert. Auch das Fachschulstudium der Erzieher*innen beispielsweise findet in Lernfeldern statt, die sich an konkreten beruflichen Aufgaben und Handlungsabläufen orientieren. In ihnen werden praxisorientiert übergreifend problemorientierte Aufgabenstellungen behandelt. Die Lernfelder, die beispielsweise der Autor des Artikels auf Seite 8 bis 9 unterrichtet, beschäftigen sich mit den Themenfeldern »Lebenswelten und Diversität wahrnehmen, verstehen und Inklusion fördern« und »Institution, Team und Qualität entwickeln sowie in Netzwerken kooperieren«.*

Christina Kunze,
Mitglied im Leitungsteam der Abteilung Berufsbildende Schulen der GEW BERLIN

FOTO: BELANDER/FOTOLIA

»Wir verdienen einen Preis«

Freie gemeinnützige Träger sichern mit ihrem großen Engagement den Fachkräftebedarf des Landes Berlin

von Torsten Wischnewski-Ruschin

Seit 2011 war absehbar, dass in einem erheblichen Umfang zusätzliche pädagogische Fachkräfte benötigt werden. Vor diesem Hintergrund bauten die Fachschulen für Sozialpädagogik in freier Trägerschaft in den zurückliegenden Jahren ihre Kapazitäten aus und antizipierten frühzeitig die heutige Situation. Mit dem Schuljahr 2011/2012 lag die Anzahl der Studierenden an den Fachschulen in öffentlicher und freier Trägerschaft bei jeweils rund 3.000 Personen. Damals waren also insgesamt 6.000 Studierende auf dem Weg zum Berufsabschluss staatlich anerkannte*r Erzieher*in. Der dann folgende Ausbau, insbesondere der berufsbegleitenden Ausbildung, erfolgte fast ausschließlich durch die gemeinnützigen Fachschulen in freier Trägerschaft. Im Schuljahr 2017/2018 waren rund 9.000 Studierende in Ausbildung. Das ist wesentlich der Leistung der freien gemeinnützigen Träger zu verdanken. An ihren Schulen befanden sich 5.800 Studierende und an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft 3.200. Seit Anfang 2017 hat nun auch die Berliner Landesregierung den Fachkräftemangel in den pädagogischen Berufsfeldern erkannt.

Unter dem Dachverband des Paritätischen Berlin befinden sich derzeit zehn Fachschulen, davon noch drei Schulen in der Wartefrist. Die Fachschulen in der Wartefrist werden derzeit nicht über den Zuschuss des Landes Berlin finanziert und müssen sich erst als Schulträger bewähren, um dann eine anteilige Finanzierung für die Personalkosten durch das Land zu erhalten. Neun der Fachschulen in freier Trägerschaft betreiben selber Einrichtungen der Jugendhilfe (Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Wohngruppen der erzieherischen Hilfen und so weiter) oder gehören einem Verbund von Organisationen der Jugendhilfe an.

Diese Fachschulen sind in der Mehrzahl aus dem Antrieb entstanden, die Anforderungen an personellen und fachlichen Kompetenzen aus dem Tätigkeitsfeld bedarfsgerecht und zielgenau zu vermitteln sowie eine praxisnahe Ausbildung zu gestalten. Darüber hinaus war es vielen dieser Fachschulen wichtig, den Lernort Schule mit dem Lernort Praxis besser zu verzahnen. Die hohe Motivation der Fachschulen für Sozialpädagogik, den Studierenden ein gutes Lernumfeld zu schaffen und ihnen über den normalen Standard hinaus vertiefende Schwerpunkte, wie beispielsweise Inklusion, Diversity, Sprache, ästhetische Bildung, Theater- und Medienpädagogik zu unterbreiten, macht die besondere Stärke dieser Schulen aus. Dabei bewegen sie sich alle auf einem guten und hohen fachlichen Standard. Die Fachschulen nehmen am Bonusprogramm des Landes teil und sind teilweise in fachschulübergreifenden Arbeitsgruppen mit den öffentlichen Fachschulen und der Bildungsverwaltung aktiv.

Aufgrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels in den pädagogischen Berufen, in den kommenden drei Jahren, werden beispielsweise rund 4.500 zusätzliche ***Vollzeitäquivalente*** in den Kindertagesstätten Berlins benötigt. Es müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, potentielle Fachkräfte zu gewinnen. Aus unserer Sicht wird es noch stärker als bisher notwendig sein, Ausbildungs- sowie Fort- und Weiterbildungskonzepte für die Beschäftigten in den pädagogischen Arbeitsfeldern zu entwickeln. Die Arbeitenden in diesen Berufsfeldern benötigen eine Perspektive in der Erreichung formaler Berufsbildungsabschlüsse und Zusatzqualifikationen für die berufliche sowie persönliche Weiterentwicklung, damit ihnen eine dauerhafte Tätigkeit im Berufsfeld ermöglicht wird. Sicher wird es dabei immer auch eine Diskussion über die notwendigen Ausgangsqualitäten der potentiell Beschäftigten in den jeweiligen Arbeitsbereichen geben müssen und um die Qualitätserfordernisse der jeweiligen Tätigkeit. Aber in Zeiten eines dramatischen Fachkräftemangels müssen wir alles tun, um geeignete Bewerber*innen zu gewinnen und dann zu qualifizieren. Daher setzen wir auf langfristige und dauerhafte Berufsbildungsstrategien. Die gemeinnützigen Fachschulen in freier Trägerschaft unter dem Dach des Paritätischen leisten ihren Beitrag dazu, die rechtlichen Ansprüche aus dem Sozialgesetzbuch und die fachlichen Ansprüche an die pädagogischen Angebote in ihren Institutionen zu sichern. Der Paritätische Berlin hat mit seinem Netzwerk Qualität seit über einem Jahr eine Plattform zum Austausch zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Institutionen geschaffen. Dabei sind öffentliche wie freie Träger gleichberechtigt und partnerschaftlich an der Fortentwicklung der Verzahnung der beiden Lernorte Schule und Praxis beteiligt.

Der Fachkräftebedarf in Berlin wäre heute deutlich höher und die Situation in den Arbeitsfeldern noch dramatischer, wenn die Fachschulen in freier Trägerschaft nicht frühzeitig darauf reagiert hätten. Dafür sollten sie eigentlich besser ausgestattet werden, zumindest aber mehr Anerkennung erhalten. ■

»Wir haben eine hohe Motivation, Studierenden ein gutes Lernumfeld zu schaffen«

*Das **Vollzeitäquivalent** (VZÄ) ist eine Hilfsgröße bei der Messung von Arbeitszeit. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.*

Torsten Wischnewski-Ruschin, Referent für den Bereich Kinder und Kindertagesstätten, Schule beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin

FOTO: CAROLINE MUÑOZ DEL RIO; UNTEN LINKS/OBEN RECHTS: BELANDER/FOTOLIA

»Die Ausbildung hat einen hohen Praxisbezug«

Désirée Gromilovich macht eine berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin an einer privaten Schule. Im Interview berichtet sie, wie sie die Debatte um die privaten Schulen verfolgt

Interview von Doreen Beer

Désirée Gromilovich, im dritten Jahr der Ausbildung zur Erzieherin

Warum hast du dich für eine private Schule entschieden?

Désirée Gromilovich: Ich habe mich auf Empfehlung der Einrichtungsleitung meiner Praxisstelle an meiner Schule beworben. Sie unterrichtet dort. Die Empfehlung kam mir gelegen, denn ich hatte nach der Zusage für einen Praxisplatz noch 14 Tage Zeit, um einen Schulplatz auszuwählen. Nach Einreichen meiner Unterlagen und einem einstündigen Bewerbungsgespräch mit der Schulleiterin habe ich mich für die Schule entschieden, da ich durch das Gespräch einen positiven Eindruck von den Räumen und dem Personal gewonnen hatte. Im Gegensatz zu Erfahrungen, die ich vorher bei der Schulsuche gesammelt hatte, kam mir dieses hier nicht wie ein Verkaufsgespräch vor.

Welche Vor- und welche Nachteile entstehen dir dadurch, dass du eine private Schule besuchst?

Gromilovich: An meiner Schule, die ich anderthalb Tage in der Woche besuche, herrscht eine familiäre Stimmung, die mir gut gefällt. Der Kontakt zu den Dozent*innen ist unkompliziert möglich und herzlich. Ein großer Vorteil der privaten Schule ist, dass hier Menschen unterrichten, die einen hohen Praxisbezug haben. Voraussetzung zum Unterrichten ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium, ein Referendariat ist nicht notwendig. Meiner Meinung nach sind für die berufsbegleitende Erzieher*innen-Ausbildung, in der wir Auszubildenden über die gesamte Dauer der Ausbildung die Berufspraxis und -realität täglich erleben und erfahren, Praktiker*innen als glaubwürdige Lehrkräfte notwendig.

Es ist für mich wichtig, dass die Lehrkräfte wissen, wovon wir reden, wenn wir aus unserem Alltag berichten und wenn sie den Unterricht mit eigenen Erfahrungen bereichern. Dozent*innen, die fachlich hochkompetent sind, jedoch nie oder selten Kontakt mit der Berufspraxis haben, wären für uns nicht geeignet, wie ich finde. Hätte ich eine stärker theoretisch fokussierte Ausbildung gewollt, hätte ich mich für eine Fachhochschule entschieden. Nachteilig ist, dass die Lehrkräfte weniger gut entlohnt werden als jene an staatlichen Schulen und sie daher unter Umständen für besser dotierte Stellen die Schule verlassen.

Wie hast du die Debatte um die Zunahme von freien Schulen in der Ausbildung und um die Qualität in dieser verfolgt?

Gromilovich: Ich finde, dass von Seiten der staatlichen Schulen beziehungsweise deren Schulleiter*innen übermäßig polemisiert und polarisiert wurde. Es entstand der Eindruck, dass alle Schüler*innen privater Schulen ihren Abschluss quasi geschenkt bekämen. Mitschüler*innen, die in ihrer Praxisstelle weitere Auszubildende haben, die an anderen Schulen, auch staatlichen, sind, berichten, dass diese weit weniger anspruchsvolle und umfängliche Aufgaben zu bewältigen haben, als wir. Dass private Schulen grundsätzlich keine Auswahl unter ihren Bewerber*innen träfen, habe ich anders erlebt. Auch dass private Schulen keiner Kontrolle durch den Senat unterzogen würden, stimmt in dieser Absolutheit nicht.

Ich kann mir, nach meinen eigenen Erfahrungen, vorstellen, dass in einigen privaten Schulen der wirtschaftliche Aspekt der Ausbildung von Erzieher*innen stärker im Vordergrund steht, als in meiner Schule. Die Nachfrage nach Personal ist riesig und es ist nachvollziehbar, dass man daraus Profit schlagen möchte. Verantwortlich dafür ist aber das politische Versagen, rechtzeitig dem drohenden Personalmangel entgegen zu steuern. Nun ist es meiner Meinung nach auch politische Verantwortung, die Qualität der Ausbildung zu sichern.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT; OBEN: BELANDER/FOTOLIA

Ganztägig, aber halbherzig

An Berliner Schulen lernen die Schüler*innen ganztägig. Damit das funktioniert, müssen Lehrkräfte und Erzieher*innen konstruktiv zusammenarbeiten – in der Praxis fällt ihnen das schwer

von Martin König

Mit dem Beginn des Schuljahres 2005/2006 kam das neue Berliner Schulgesetz. Durch die damit verbundene Einführung von gebundenem und offenem Ganztagsbetrieb wurden von da an Erzieher*innen in allen Berliner Schulen eingesetzt und übernehmen dort seither viele Aufgaben, wie die Unterstützung im Unterricht, Betreuungszeiten, Betreuung und Förderung im Hort und die Betreuung der Kinder in den Ferien.

Vor der Einführung des neuen Schulgesetzes waren die Erzieher*innen nur in Horten und Schüler*innenläden der Tagesbetreuung der Jugendämter tätig. Die Einrichtungen der Tagesbetreuung waren für die Gestaltung und Organisation des Geschehens nach dem Unterrichtsende eigenverantwortlich.

Die Vorbereitungszeit war am Vormittag im Hort. Die Kinder waren währenddessen im Unterricht in den jeweiligen Schulen. Der Hort war ausschließlich Freizeit für die Schüler*innen. Für die Kinder war nach dem Unterricht, abgesehen von den Hausaufgaben, der Schultag damit beendet. Die Horte hatten Kinder aus verschieden Schulen zu betreuen.

Erzieher*innen und Lehrkräfte, das waren damals zwei getrennte berufliche Welten. So war die Bildungs- und Erziehungskultur bis 2005 organisiert. Eine Veränderung aus pädagogischer Sicht war durchaus sinnvoll und nach der überwundenen Teilung der Stadt auch dringend erforderlich.

Zusammenarbeit auf Augenhöhe sieht anders aus

Die Zusammenarbeit der Lehrkräfte und Erzieher*innen ist in sehr vielen Schulen auch heute noch verbesserungswürdig. Erzieher*innen müssen weiterhin um die Aufmerksamkeit und Wertschätzung der Lehrer*innen kämpfen. Lediglich bei der Betreuung von Unterrichtsausfällen, Klassenfahrten und der Schwimmbegleitung sind die Erzieher*innen ganz schnell im Fokus. Das volle Tagesprogramm der Erzieher*innen lässt wenig Zeit für die Kommunikation mit den Lehrkräften, obwohl es seit 2016 festgelegte Vor- und Nachbereitungszeiten gibt. Der Arbeitsalltag ist daher oft sehr kurzatmig und es fehlt die notwendige Zeit für kollegiale Zusammenarbeit. Als Lösung schlagen die Lehrer*innen dann Zeiten am Nachmittag vor. Zu diesen Zeiten sind die Erzieher*innen allerdings mit der Arbeit im Hort beschäftigt. Finden die Zusammenkünfte trotzdem statt, geht das zu Lasten der pädagogischen Arbeit und auf die Kosten der Kolleg*innen, die dann die pädagogische Arbeit auffangen müssen.

Die fehlende Anerkennung der Arbeit von Erzieher*innen hat auch finanzielle und personelle Ursachen. Um die im Berliner Bildungsprogramm für den Ganztag beschriebenen pädagogischen Ziele umzusetzen, braucht es ausreichende, qualifizierte Fachkräfte. Allein durch finanzielle Anreize wie Bonuszahlungen wird sich der Fachkräftemangel, gerade an schwierigen Schulen, nicht stoppen lassen. Es bedarf für alle Pädagog*innen an Berliner Schulen eine tarifliche Anpassung. Leider wurde die Zulage von 80 Euro, die eigentlich nur als Überbrückung bis zur Anhebung der Vergütungsgruppen gedacht war, vom Finanzsenator verstetigt und die Anhebung ist erstmal vom Tisch. Doch genau dies wäre das richtige Signal gewesen und ist lange überfällig.

Durch eine solche Anpassung könnte endlich der Wegzug junger Erzieher*innen und Lehrkräfte gebremst werden. Die Erzieher*innen hätten eine verlässliche Grundlage für ihre verantwortungsvolle Arbeit und eine angemessene Entlohnung. Dadurch würde der Beruf aufgewertet werden und müsste nicht nur als Sprungbrett für besser bezahlte Jobs herhalten.

Es muss etwas passieren. Dafür ist eine verantwortungsvolle Kommunikation der Senatsverwaltung mit den Bezirken und der an den Schulen arbeitenden Menschen dringend erforderlich. Keine weiteren politischen Kurzschlusshandlungen! Lassen Sie uns Erzieher*innen bitte nicht allein mit der Flickschusterei im Berliner Bildungszirkus.

Sehr geehrte Frau Senatorin, kommen Sie mit uns ins Gespräch. Sie sind herzlich eingeladen!

Martin König, koordinierender Erzieher an der Karlsgarten Schule in Berlin-Neukölln

FOTO: AUNGMYO/FOTOLIA

Zehn Jahre Gemeinschaftsschule: Ein Grund zum Feiern

Die Berliner Gemeinschaftsschule ist Vorreiterin der Inklusion und Garantin für mehr Bildungsgerechtigkeit. Zehn Jahre nach ihrer Einführung bleibt immer noch viel zu tun

von Tom Erdmann

Die Gemeinschaftsschulen erreichen eines ihrer wesentlichen Ziele, indem sie den Lernerfolg von der sozialen Herkunft wirksam entkoppeln. Bemerkenswert sind die Lernzuwächse der Schülerinnen und Schüler, die der Abschlussbericht den Gemeinschaftsschulen bescheinigt.« Das sind die Worte von Bildungssenatorin Sandra Scheeres über die Studie zur Pilotphase der Berliner Gemeinschaftsschule. Die Studie hat es gezeigt: Den Berliner Gemeinschaftsschulen gelingt es deutlich besser als anderen Schularten, den Gedanken der Inklusion in der pädagogischen Realität umzusetzen und Übergänge zu gestalten. Alle Schüler*innen haben teilweise deutlich höhere Lernzuwächse als die in vergleichbaren Schulen und zwar unabhängig von sozialer Herkunft oder Förderbedarf. Inklusion stellt also keineswegs einen Nachteil für Kinder und Jugendliche ohne Förderbedarf dar. Die deutlich höheren Lernfortschritte lassen vermuten, dass die förderdiagnostische Expertise der in den Jahrgangsteams mitarbeitenden Sonderpädagog*innen allen Schüler*innen zugutekommt. Das ist aber noch nicht das ganze Erfolgsrezept der Berliner Gemeinschaftsschule.

Gemeinschaftsschule funtkioniert

Der frühere Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit hatte in den Verhandlungen um

die Einführung der Gemeinschaftsschulen im Jahr 2007 darauf gedrängt, dass diese neuen Schulen beweisen müssten, dass sie unter den gleichen Bedingungen wie andere Schulen wirklich mehr leisten können. Wenn sie mit mehr Ressourcen, zum Beispiel mit mehr Personal, bessere Ergebnisse erreicht hätten, wären sie dem Vorwurf ausgesetzt, dass dieser Erfolg nur auf die bessere Ausstattung zurückzuführen wäre und nicht auf langes gemeinsames Lernen, Teamarbeit und veränderte Pädagogik. Deshalb untersuchte die letzte Teilstudie aus dem Jahr 2016, wie Unterrichtsmethoden auf den Lernerfolg von Schüler*innen wirken. Die Ergebnisse sind auch für die Schulen wichtig, die noch keine Gemeinschaftsschulen sind, sich aber pädagogisch weiterentwickeln wollen. Mehr als 80 Prozent der Lehrkräfte besaßen der Studie zufolge eine positive Einstellung zur pädagogischen Arbeit an der Gemeinschaftsschule. Hinsichtlich der Arbeitskultur schätzen neun von zehn Lehrkräften Teamarbeit und profitieren von der Kooperation, wie zum Beispiel der gemeinsamen Vorbereitung des Unterrichts. Die Befunde zur Entwicklung von Lern- und Unterstützungsformen im Umgang mit heterogenen Lerngruppen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Gestaltung des Unterrichts an der Gemeinschaftsschule zeichnet sich durch ein breites Spektrum an Unterrichtsmethoden sowie durch eine gezielte Unterstützung von Lernprozessen aus.

Kooperation und Individualisierung von Lernprozessen braucht Zeit und trotzdem haben sich die Pädagog*innen an Gemeinschaftsschulen bewusst für die neue Schulform entschieden. Sie wussten, dass eine solche Reform Mehrbelastung mit sich bringt: Eine Grundschule verliert bei der Fusion mit einer anderen Schule ihre Funktionsstelle für die*den Konrektor*in, Schüler*innen mit Förderbedarf können nicht mehr mit Verweis auf fehlende Ressourcen abgewiesen werden und die engere Kooperation im Kollegium und mit Partner*innen außerhalb der Schule erfordert, wie die erfolgreiche Umsetzung von Inklusion, zusätzliche Zeit. Die meisten Gemeinschaftsschulen setzen auf intensive Elternarbeit durch organisierte Feedbackkultur mithilfe von Schulplanern und dokumentierten Lernentwicklungsgesprächen. Sie führen viele Schulhilfekonferenzen und oft erst danach Klassenkonferenzen durch. Und wenn die Curricula der Grund- und der Mittelstufe miteinander verzahnt werden sollen, dann wird an den Gemeinschaftsschulen mehr als an anderen Schulen getan. Gemeinschaftsschulen leisten also einen wichtigen Beitrag für die pädagogische Schulentwicklung. Das alles belastet die Kolleg*innen zusätzlich und nach zehn Jahren muss auch die Bildungsverwaltung anerkennen: Die Kolleg*innen der Gemeinschaftsschulen brauchen Entlastung!

Zudem ist es nicht nachvollziehbar, dass im Grundstufenteil eines Gymnasiums die Unterrichtsverpflichtung 26 Stunden pro Woche ist, während in der Grundstufe einer Gemeinschaftsschule 28 Stunden unterrichtet werden müssen.

Gemeinschaftsschule ins Schulgesetz

Vor den Abgeordnetenhauswahlen hat die GEW BERLIN gefordert, dass längeres gemeinsames Lernen bildungspolitischer Schwerpunkt des neuen Senats sein muss. Die Gemeinschaftsschule wird nun als eigene Schulform in das Schulgesetz aufgenommen. Der rechtliche Schwebezustand, die Pilotphase, wird beendet. Das ist ein großartiger Erfolg! Aber darauf darf sich niemand ausruhen. Berlin wächst und in den nächsten zehn Jahren braucht die Stadt etwa 70 neue Schulen. Das ist eine einmalige historische Chance!

In der Koalitionsvereinbarung haben sich SPD, Linke und Grüne darauf geeinigt, dass neue Schulstandorte vorrangig als Gemeinschaftsschulen eröffnet werden. Doch in den Plänen der Berliner Schulbauoffensive (BSO) sind von den 50 ersten Schulneubauten zunächst nur fünf als Gemeinschaftsschulen geplant. Das haben wir zum Anlass genommen, alle Berliner Schulstadträt*innen anzuschreiben und zu fragen, wie ihre bezirklichen Schulbaupläne denn mit den Koalitionsaussagen übereinstimmen. Die meisten haben auch geantwortet, zum Teil jedoch ausweichend und mit Verweis auf dringendere Probleme, wie dem Mangel an Grundschulplätzen und Bauflächen.

Thorsten Kühne, CDU-Bildungsstadtrat aus Pankow, verwies auf die noch ungeklärte rechtliche Lage und den größeren Platzbedarf der Gemeinschaftsschulen – ein Dilemma in der wachsenden und vor allem enger werdenden Stadt. Andy Hehmke, SPD-Bildungsstadtrat aus Friedrichshain-Kreuzberg, nahm sich sogar die Zeit für ein persönliches Gespräch und erklärte, dass für ihn der Ausbau und die Neugründung der Gemeinschaftsschulen von großer Bedeutung seien. Dies ist eine der wenigen bildungspolitischen Entscheidungen auf Bezirksebene, mit der die SPD und Rot-Rot-Grün ein Alleinstellungsmerkmal haben und sich profilieren können. Wir werden alle Beteiligten daran erinnern!

Die GEW BERLIN wird weiter genau hinschauen und auf den Ausbau der Gemeinschaftsschulen drängen! Die überarbeitete Fassung der BSO-Pläne weisen in eine gute Richtung, denn inzwischen sind bereits deutlich mehr Gemeinschaftsschulen vorgesehen.

Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN

ZAHL DER GEMEINSCHAFTSSCHULEN VERDOPPELN

Derzeit gibt es in Berlin 24 Gemeinschaftsschulen. In jedem Bezirk mindestens eine. Vorreiter ist Neukölln mit vier Standorten. Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN hat im April gefordert, dass sich die Zahl der Gemeinschaftsschulen innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppeln soll. Dafür muss die Gründung von Gemeinschaftsschulen attraktiver werden.

GLÜCKWUNSCH!

Am 14. November wird die Senatsbildungsverwaltung den zehnjährigen Geburtstag der Gemeinschaftsschule in der Fritz-Karsen-Schule feiern. Das nimmt die GEW BERLIN zum Anlass, mit einer eigenen Werbekampagne für die Gemeinschaftsschule zu werben, in der wir Schüler*innen zu Wort kommen lassen.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Mit Latein auf Erfolgskurs an der Sonnenallee

Wie eine Schule mit Mut und Fantasie Vorurteile überwindet

von Ulrich Meuel und Klaus Will

In der allgemeinen Wahrnehmung gilt die Neuköllner Sonnenallee als die arabischste Straße Berlins. Viele arabischstämmige Geflüchtete lindern in dieser, von Reiseführern als Sehenswürdigkeit eingestuften Straße, ihr aufkommendes Heimweh. Doch die Straße ist auch ein sogenannter sozialer Brennpunkt und für manche ein Symbol gescheiterter Integration durch eine entstehende Parallelgesellschaft. Aber die Wirklichkeit ist wie immer vielfältiger und entzieht sich einseitigen Zuschreibungen.

Unweit vom Hermannplatz in der Sonnenallee steht eine der traditionsreichsten Neuköllner Schulen. In der Weimarer Zeit hat dort der Schulreformer Fritz Karsen die nach Karl Marx benannte Schule als pädagogisches Schulexperiment betrieben. Unter den Nazis umbenannt in Hermann-Löns-Schule, wurde daraus nach dem Krieg das heutige Ernst-Abbe-Gymnasium.

Die Umwandlung des klassischen Berliner Arbeiter*innenbezirks Neukölln in ein Zentrum der Migration kann man gut an dieser Schule erkennen, deren Schüler*innen aktuell fast vollständig Kinder von Einwander*innen sind, über die Hälfte davon arabischstämmig. Darüber hinaus sind 70 Prozent der Schüler*innen lernmittelbefreit und zirka ein Drittel haben keine Gymnasialprognose. Da riecht man doch förmlich die Problemschule!

Die Zahlen führen in die Irre

Aber hinter der wilhelminischen Fassade des Schulgebäudes finden wir eine konzentrierte Lernatmosphäre und ein angenehmes Schulklima, auch wenn am Schuleingang kontrolliert wird, wer reindarf. Die Schule ist gerade grundsaniert worden, der Schulleiter Tilmann Kötterheinrich-Wedekind ist immer noch begeistert: »Die Schule ist im Grunde genommen eine Insel der Seligen. Der schöne Innenhof, die ursprüngliche Bepflanzung, die sanier-

FOTOS: ULRICH MEUEL

ten Räumlichkeiten sind sehr ansprechend und funktional. Die Schule ist den Menschen jetzt zugewandt und durch Licht und Lüftung für alle ein sehr angenehmer Aufenthaltsort.« Nicht zu vergessen die wesentlich verbesserte akustische Situation, die mit Anlass war für die Grundsanierung. Durch den Dachausbau wurde die Raumsituation entschärft. Für uns allerdings unverständlich, warum nicht auch ein Fahrstuhl eingebaut wurde. Das bedauert auch der Schulleiter, aber der Aufzug passte wahrscheinlich nicht mehr ins begrenzte Budget.

Eine gute Schule sollte nicht nur ein attraktives Gebäude haben, sondern muss auch im Inneren einen neuen pädagogischen Geist atmen. Im Zentrum der pädagogischen Bemühungen der Schule steht die Sprachförderung in allen Unterrichtsfächern, wie Kötterheinrich-Wedekind immer wieder betont. Auch die Multikulturalität wird nicht als Belastung, sondern als Herausforderung begriffen. »Wir haben hier ja eine Schüler*innenschaft, deren große Mehrheit aus Familien nichtdeutscher Herkunftssprache stammt, die zudem oft auch ärmer sind und insgesamt eigentlich bildungsfern, wie man so sagt.« Es herrscht eine Willkommenskultur, die sich in den zunehmenden Anmeldezahlen widerspiegelt. »Die Schüler*innen sind friedlich, es gibt hier kaum Konflikte. Dieses harmonische Verhältnis ist der Hauptgrund, warum Schüler*innen zu uns kommen und nicht an eine andere Schule gehen.«

Hinter der wilhelminischen Fassade des Schulgebäudes finden wir eine konzentrierte Lernatmosphäre und ein angenehmes Schulklima. Als »Insel der Seligen« bezeichnet der Schulleiter sein Ernst-Abbe-Gymnasium

Beim Übergang helfen Brückenkurse

Wichtig für die Schule sei auch, dass man die meisten Schüler*innen ohne Gymnasialprognose halten könne. Von den 36 Neuaufgenommenen mit Sekundarschulprognose konnten im letzten Schuljahr immerhin 21 bleiben. Was mit daran liege, dass die Schule früh Kontakt zu den abgebenden Grundschulen aufnimmt: »Wir haben sogenannte Brückenkurse, zu denen die Schüler*innen aus den umliegenden Grundschulen zu uns kommen, um uns schon vor dem Wechsel kennenzulernen. Denn das Verlassen der Schule sollte die absolute Ausnahme sein, ist unsere Maxime.«

Aber was ist, abgesehen von der Sprachförderung, das Besondere der Schule? Da muss man auch den hohen Mädchenanteil nennen: immerhin zwei Drittel der Schüler*innenschaft sind Schülerinnen. Dies ist zwar kein Verdienst der Schule und auch kein erstrebenswertes Ziel, aber typisch für eine Einwanderungsgesellschaft. Ähnliches kann man in Großbritannien oder Frankreich beobachten und eben auch an vielen Neuköllner Schulen. Es scheint, dass Mädchen bildungsorientierter und ehrgeiziger sind.

Aber wenn es Bildungsgewinner*innen gibt, wo bleiben dann die »Verlierer*innen«? Es gibt in der Nachbarschaft Schulen, bei denen sich die Problemfälle sammeln.

Insgesamt hat sich die Schule stärker geöffnet: »Wir holen andere Initiativen dazu, arbeiten mit religiösen Gemeinschaften zusammen, mit dem Quartiersmanagement, holen generell andere Angebote an die Schule. Jeden Donnerstag findet ein Elterncafé mit rund 30 Eltern statt.«

Für uns sind das eigentlich zentrale Merkmale für eine Gemeinschaftsschule, warum bleibt die Schule trotzdem ein Gymnasium? »Ich glaube, dass gerade Eltern mit Migrationshintergrund oft einen hohen Leistungsbegriff haben, den sie wohl mehr mit dem Gymnasium verbinden. Und sie meinen, dass eine Schule mit zwölf Klassenstufen nicht nur schneller ist, sondern auch besser. Mit dem Etikett Gymnasium verbinden sie das alles, ob es nun wahr ist oder nicht.«

Was die Schulverwaltung nicht davon abhalten sollte, auch bei einem Gymnasium den inklusiven Ansatz personell zu unterstützen. Zwar bekommt die Schule Mittel aus dem Bonusprogramm, mit denen beispielsweise die Bibliothek und Mediathek aufgebaut werden konnten, aber warum wird eigentlich nicht bei der Lehrkräftezumessung berücksichtigt, dass die Schule nicht, wie viele andere Gymnasien, Schüler*innen mit mehr Förderbedarf an andere Schulen abgibt? Eine gut nachgefragte Integrierte Sekundarschule bekommt dagegen mehr Lehrkräftestunden zugewiesen, obwohl die Grundschulnoten ihrer Schüler*innen deutlich besser sind als die an der Abbe-Schule.

Ein anderer Blick auf Latein

Was uns auch noch aufgefallen ist, ist dass ausgerechnet an dieser Schule nicht Arabisch oder Türkisch als zweite Fremdsprache angeboten wird, sondern Latein. Allerdings wird zurzeit darüber nachgedacht, Arabisch als Wahlpflichtfach im Jahrgang zehn einzuführen. 40 Prozent der Schüler*innen wählt Latein, der andere Teil Französisch als zweite Fremdsprache. Kötterheinrich-Wedekind, selber Lateinlehrer, begründet das Latein-Angebot folgendermaßen: »Latein hat eine sprachbildende Funktion. Und Latein hat gerade hier die Funktion, dass alle Schüler*innen beim Lernen dieser Sprache die gleichen Voraussetzungen haben. Für alle ist es neu, egal woher sie kommen. Der Lateinunterricht unterstützt dazu ein System, das den Schüler*innen nahebringt, wie man lernt.« Er bezeichnet Latein als »Brückenfach«, »Latein schafft Aufstieg«. Wir müssen zugeben, so ganz sind wir davon nicht überzeugt, aber der Erfolg scheint der Schule Recht zu geben. ■

Ulrich Meuel, Konrektor i.R;
Klaus Will, ehemaliger geschäftsführender Redakteur der bbz

Welcher Lehrer*innenmangel?

Statistik ersetzt politisches Denken. Wie Sarrazin und Wowereit mit Hilfe von Zahlenkolonnen den Lehrer*innenmangel eingeleitet haben

von Ilse Schaad

Unter dem Titel »Berlins SPD im Märchenmodus« macht sich Ulrich Zawatka-Gerlach im *Tagesspiegel* vom 14. September 2018 über die SPD lustig. Schon ein noch nicht beschlossener Antrag über die längst überfällige Anpassung der Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an das Bundesniveau bringt den Autor auf die Palme. Unverhohlen schimmert in seinen Ausführungen immer noch die Bewunderung für den früheren Finanzsenator Thilo Sarrazin durch. Dessen »statistische« Erkenntnisse hatten im Auftrag des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit dazu geführt, dass im öffentlichen Dienst seit 2004 durch Lohnstopp, massiven Personalabbau und Streichung der Investitionen in die Infrastruktur Berlin in die Lage versetzt wurde, in der die Stadt heute ist. Gerade Gewerkschaften haben davor gewarnt, dass die Kosten, die später entstehen, die Einsparungen übertreffen werden.

Besonders deutlich wird dies bei einem nüchternen Blick auf das Bildungssystem in Berlin. Seit Jahren zeichnete sich ab, dass es einen gravierenden Lehrkräfte- und Erzieher*innenmangel geben wird.

Allerdings wurde dies von Sarrazin mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vorneweg ihr Geschäftsführer Knut Bredendiek, mit Hinweis auf »Statistiken« geleugnet. Seit 2009 hat die GEW in den Tarifverhandlungen mit den Ländern das kommende Problem benannt. Zwischen den Tarifrunden 2011 und 2013 hat die GEW mit Arbeitskampfmitteln durchgesetzt, dass es zumindest »Gespräche« gab. Dort trug die GEW alles vor, was es an Argumentationen gab. Schüler*innenzahlentwicklung, Ausbildungskapazitäten an Hochschulen, Laufbahnwahlen der Studierenden, Alterskohorten der Lehrkräfte und vieles mehr. Es war alles sinnlos. Es gab kein Argument, dass von Arbeitgeber*innenseite ernst genommen wurde. Im Gegenteil!

Wie schon zuvor tauchten »Analysen« des künftigen Bedarfs an Lehrkräften auf. Und im Brustton der Überzeugung prognostizierten die Arbeitgeber*innen noch 2013 ab 2017 eine Lehrkräfteschwemme. Es sei deshalb nicht nötig, sich mit der GEW auf Tarifverhandlungen über die Bezahlung von Lehrkräften einzulassen. Die sächsische Vertreterin in der Tarifkommission deutscher Länder meinte, die paar Fachprobleme könne der Arbeitgeber »mit Geld« im Einzelfall lösen. Hier kann man also mit Recht von einem »Märchenmodus« der Arbeitgeber*innenseite sprechen.

»Der öffentliche Dienst in Berlin ist in einem bedauernswerten Zustand«

Objektiv könne es somit gar keinen Lehrer*innenmangel geben, das subjektive Empfinden eines solchen liege sicher in der angeborenen Jammerhaltung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Woher aber kamen die Zahlen, auf die sich die Arbeitgeber*innen stützten? Die aufmerksamen Leser*innen werden es ahnen. Es handelte sich um das Zahlenwerk, mit dem Sarrazin die Finanzminister der Länder – die dafür mehr als bereit waren – lange Jahre manipuliert hatte.

Schon bei den Gesprächen mit Vertreter*innen des Berliner Senats hatte die GEW tiefe Einblicke in die Qualität dieser Zahlen erlangt. Dabei machten die Verantwortlichen deutlich, wie ihr Verhältnis zu statistischen Prognosen war. Es sei nämlich nicht Aufgabe der Statistik, der Politik zu diktieren, wie die Personalplanung zukunftssicher gemacht werden kann, sondern umgekehrt sei es die Aufgabe der Statistik, der Politik die Zahlen zu liefern, die die Politikziele »alternativlos« machen würden.

Im Nachhinein kann man sagen: der Plan hat funktioniert. Außer der GEW hat niemand die Zahlen von Sarrazin und Wowereit in Zweifel gezogen. Auch der *Tagesspiegel* bejubelte jeden Hieb gegen den öffentlichen Dienst und küsste den Boden, über den Sarrazin wandelte. Klar: heute will kaum jemand daran erinnert werden.

Der öffentliche Dienst in Berlin, nicht nur das Bildungswesen, ist in einem bedauernswerten Zustand. Nicht die Beschäftigten haben dies verursacht, sondern die Regierung unter Wowereit und Sarrazin.

Egal, wohin man schaut: überall hakt es. In Berlin braucht man mehr als drei Jahre und zwei Notare, um eine geringfügige Änderung im Grundbuch zu bewältigen. Brücken bröckeln, in den Kitas fehlt Fachpersonal, in den Gesundheitsämtern fehlen Ärzt*innen und die Berliner Schule wird durch Quereinsteiger*innen nicht gerettet. Auch hier sind die Beschäftigten nicht die Verursacher*innen, sondern die Opfer einer jahrzehntelang verfehlten Politik.

Im *Tagesspiegel* teilt uns Herr Zawatka-Gerlach mit, was der Antrag der SPD bei Realisierung kosten würde: bis 2021 immerhin 500 Millionen (ein Bruchteil der Kosten, die der Flughafen BER bis dahin verschlingen wird, bevor er endgültig abgerissen wird). Leider vergisst der Autor, diese Summe ins Verhältnis zu setzen mit der Summe, die seit 2004 aus dem öffentlichen Personal herausgespart wurde. Diese Methode hat System. So hat es Sarrazin auch immer gemacht. Man muss Quatsch nur solange wiederholen, bis es zur unumstößlichen Wahrheit wird.

Die Zeche zahlen ja immer andere: die Kinder und Jugendlichen in Schule, Kita und die Studierenden in Hochschulen – und die Beschäftigten. ■

Ilse Schaad, ehemalige Leiterin der Abteilung Tarif- und Beamtenpolitik im GEW-Hauptvorstand

Das Ende der Papierwüste

Arbeitsblätter, soweit das Auge reicht. Wer in Schulen unterwegs ist, kann ein Lied davon singen. Aber muss das sein?

von Thea Nesyba

Egal ob Deutsch, Mathe oder Englisch auf dem Plan steht: Kinder und Jugendliche brüten über Arbeitsblättern, und das nicht nur zu Klausurzeiten. Individualisierung ist das Gebot der Stunde und scheint mit abgestuften Arbeitsblättern am leichtesten realisierbar. Selten werden die Risiken dieser Arbeitsblattmonotonie diskutiert.

Unzählige Stunden an Vorbereitungszeit gehen dafür drauf, gute Arbeitsblätter zu erstellen, die den Bedürfnissen der Lerngruppe entsprechen. Nicht nur unter Referendar*innen sind die »ABs« wertvolle Tauschgegenstände. Die wertvollen Objekte füllen dann gerne ganze Schrankwände – zu Hause oder in der Schule. In manchen Klassenzimmern lagert ein perfekt durchdachtes System, das es vom Umfang her leicht mit Niklas Luhmanns Zettelkasten aufnehmen kann. Soziologe Luhmann sortierte mithilfe des Zettelkastens 40 Jahre seine Gedanken – wir sortieren heute Arbeitsblätter. Jedes Jahr muss die Zettelwirtschaft neu organisiert und aktualisiert werden. Eine typische Ferienbeschäftigung unter Lehrkräften.

Dass das Arbeitsblatt eine Hauptrolle an Schulen einnimmt, hängt mit seiner Bedeutung für offenen Unterricht und innere Differenzierung zusammen. Dass offene Unterrichtsformen das Diktat des in die Jahre gekommenen Frontalunterrichts und seiner realitätsfernen One-Size-Fits-All-Pädagogik ablösen, ist absolut richtig. Differenzierung von unterschiedlichen Lernniveaus ist notwendig, um den Ansprüchen einer inklusiven Pädagogik gerecht zu werden. Jedoch wird von den vielfältigen Lern- und Materialformen, die der offene Unterricht zu bieten hat, oftmals nur das Arbeitsblatt in den reformierten Schulalltag übernommen. Kaum denkbar scheint derzeit ein Wochenplan zu sein, der Differenzierung nicht über Arbeitsblätter vorsieht. Selten findet man ein Lernbuffet, dessen geistige Nahrung nicht aus Papier besteht. Dabei geht sehr viel verloren, wenn jedes Kind nur noch mit dem Stift in der Hand über dem DIN-A4-Blatt brütet.

»Lernen wird auf das Abarbeiten von Papierstapeln reduziert«

»Wenn du fertig bist, holst du dir das nächste, ja?« Der Satz steht symptomatisch für das, was Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland erleben. Bildungserfahrungen werden auf das Abarbeiten von Papierstapeln reduziert. Lesen, Ausfüllen, Selbstkorrektur, dann wieder von vorne. Dieser Ablauf passt eher zum Arbeitsalltag in Behörden, als zu einem Lerntag in der Schule.

Kindliche Bedürfnisse nach Nähe, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gemeinschaft und spielerischem Entdecken können nur durch vielfältige Materialformen und durch die soziale Interaktion in der Gruppe erfüllt werden. Gerade für Kinder und Jugendliche, die ihre Freizeit allein am Smartphone oder vor dem PC verbringen, sollte die Schule unterschiedliche Erfahrungsräume eröffnen. Der Anspruch auf Individualisierung des Unterrichts, so wie ihn unter anderem die Senatsverwaltung auch im »Handbuch Vorbereitungsdienst« für Lehramtsanwärter*innen formuliert, kann deshalb nicht alleiniges Zukunftsmodell sein. Daneben bräuchte es eine Ausrichtung auf soziale Beziehungen und das Erlernen von Solidarität im Unterricht. Solidarität lässt sich aber nicht anhand von Arbeitsblättern üben.

Wie würde eine Schule ohne Arbeitsblätter aussehen? Was würde an einem Schultag passieren, an dem nicht ein einziges Arbeitsblatt ausgefüllt wird? Wenn das nächste Mal in der Schule der Kopierer ausfällt, könnte man es testen.

Auch wir von der bbz fragen uns, wie eine Schule ohne Arbeitsblätter aussehen könnte. Habt ihr Erfahrungen oder Ideen? Schickt uns doch eure Vorschläge und wir veröffentlichen sie. An bbz@gew-berlin.de

Thea Nesyba hat im Kontext ihrer Promotion in inklusiven Schulen hospitiert und ist dabei stets mit einem Papierstapel nach Hause gefahren

FOTO: HANS-PETER REICHARTZ/FOTOLIA

Eine stille Botschaft

Kurz vor den Sommerferien verkündet Senatorin Scheeres ziemlich lautlos das Berufsabitur. Eigentlich eine gute Idee, die mehr Aufmerksamkeit verdient hätte

von Thomas Isensee und Klaus Will

Die bislang wenig durch innovativen Elan aufgefallene Berliner Senatsbildungsverwaltung hat den Start des Modellversuchs »Berufsabitur« mitgeteilt. Der rüttelt immerhin ein wenig an einem der Grundpfeiler unseres selektiven Schulsystems, nämlich der strikten Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung. Nun können Schüler*innen in den Berufen Heizungs- und Sanitärtechnik sowie Hotelfachfrau und Hotelfachmann das Abitur und den Abschluss einer Berufsausbildung parallel absolvieren und erhalten dabei sogar noch eine Ausbildungsvergütung.

Allerdings ist dieser Modellversuch keine Idee der Berliner Bildungsverwaltung, sondern geht zurück auf eine Initiative des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). Dieser hatte im Jahr 2015 die bildungspolitische Initiative »Höhere Berufsbildung« ins Leben gerufen, die den parallelen Erwerb eines Berufsabschlusses und einer Hochschulreife vorsieht. Damit soll die Attraktivität der Berufsbildung gestärkt und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöht werden. Vorbilder für dieses Modell sind Österreich und die Schweiz, wo das Konzept als Berufsmaturität bekannt ist, allerdings nicht zum Abitur führt, sondern zur Fachhochschulreife. Dort soll etwa die Hälfte der Absolvent*innen nach ihrem Abschluss im Betrieb bleiben, was sich natürlich auch der ZDH mit seiner Initiative erhofft.

Im Februar 2016 startete eine Arbeitsgruppe von ZDH und Kultusministerkonferenz (KMK) mit der Ausarbeitung eines Konzeptes, dessen Modellvarianten seit dem Schuljahr 2017/2018 in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen erprobt werden. Berlin kommt in diesem Schuljahr hinzu, mit dem Oberstufenzentrum Max Taut (OSZ Gebäude-Umwelt-Technik) in Lichtenberg, sowie dem OSZ Brillat Savarin für Gastgewerbe in Weißensee.

Eigentlich könnte die GEW BERLIN damit zufrieden sein, denn bildungspolitisch entspricht dies unseren Forderungen für ein Bildungssystem, das nicht selektiert, keine Sackgassen kennt und offen für alle ist, bis hin zu dem großen Ziel der Inklusion. Aber die Umstände und die Inhalte der Pressemitteilung der Senatorin Sandra Scheeres lassen Zweifel aufkommen, ob die Bildungsverwaltung tatsächlich umgedacht hat. Denn eigentlich hätte die Bildungssenatorin dieses wichtige bildungspolitische Vorhaben prominent verkünden müssen und nicht eine Woche vor den Sommerferien, was nun wirklich kein guter Zeitpunkt für intensive Diskussionen ist. Außerdem wird das Duale Abitur auf zwei Berufe beschränkt. Über die inhaltliche Konzeption, wie berufliche und allgemeine Bildung zusammengeführt werden sollen, erfährt man gar nichts. Welche bildungspolitische Intention die Senatorin verfolgt und wie sich die Einführung des Dualen Abiturs auf das Schulsystem insgesamt auswirken könnte, wird ebenso nicht angesprochen.

Das Konzept ist noch sehr bescheiden

Dagegen werden die Interessen der Wirtschaftsverbände deutlicher artikuliert: In »Zeiten des Bewerber*innen- und Fachkräftemangels« möchten sie leistungsstarke Schüler*innen »frühzeitig« an sich binden. Das ist nachvollziehbar, steht aber in einem Spannungsverhältnis zum Abitur, das mit der Berechtigung zum Hochschulzugang

FOTO: CHEPKO DANIL/FOTOLIA

die Absolvent*innen von der Notwendigkeit einer frühzeitigen Bindung befreit. Gerade daran wird die öffentliche Schule auch festhalten müssen. Da öffnet sich ein Feld des Konflikts. Und nicht nur hier. Fehlende Fachkräfte sind nun wahrlich kein Alleinstellungsmerkmal von Handwerksbetrieben, denn es fehlen ebenso Lehrkräfte, Ingenieur*innen, IT-Spezialist*innen und Mediziner*innen. Ist es in dieser Situation sinnvoll, Jugendliche mit Abitur vom Studium abzubringen, um für das Handwerk den Nachwuchs zu sichern?

Nichts gegen das Duale Abitur, aber die Probleme des dualen Ausbildungssystems müssen anders gelöst werden. Die Zahl der Jugendlichen, die eine Ausbildung in einem Lehrberuf beginnen, geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Zugleich ist die Zahl der Abbrecher*innen enorm und ein erheblicher Teil der Jugendlichen, von einem Fünftel ist die Rede, verschwindet nach Abschluss der Schule völlig aus den Bildungs- und Ausbildungsgängen. Das angeblich hochgeschätzte duale Ausbildungssystem in Deutschland ist hinter den glänzenden Fassaden eine eher brüchige Institution.

Ob das Berufsabitur bei der Genesung der dualen Berufsausbildung eine belebende Rolle spielen kann, muss sich erst noch zeigen. Die etwas verschämte Ankündigung des neuen Bildungsganges vor den Sommerferien korrespondiert mit der nicht gerade berauschenden Nachfrage bei den Schüler*innen. Beides zeugt nun nicht gerade von einem Richtungswechsel in der Berliner Bildungspolitik.

Ein Durchbruch scheitert am Gymnasium

Die Debatte, welche Rolle das Abitur spielt und welche Ausbildung richtig und erwünscht ist, verdeckt allerdings das wesentliche Problem des deutschen Bildungssystems: die immer noch unzureichende Durchlässigkeit. Diese hängt eng zusammen mit der heiligen Kuh Gymnasium, deren Existenz bei jeder neuen Ausrichtung der Bildungspolitik zu Eiertänzen führt.

Da auf absehbare Zeit diese Bastion der bürgerlichen Bildung wohl kaum fallen wird, muss man drum herum bauen. Ein erster Schritt wären zum Beispiel Oberstufenschulen. Dann wären Gymnasien ebenso wie Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen lediglich Sekundarschulen, deren Schüler*innen auf verschieden zugeschnittene Oberstufenschulen wechseln, wobei die beruflichen Oberschulen, die bisherigen OSZ, das duale Abitur bieten, während die anderen Oberstufenschulen entsprechend den verschiedenen fachlichen Profilen unterrichten, die die Gymnasiale Oberstufe bietet.

Interessant wären hier, wie übrigens auch beim Berufsabitur, die Erfahrungen, welche die Kolleg*innen in der DDR mit diesen Bildungsgängen gemacht haben. Denn sowohl die Berufsausbildung mit Abitur als auch die Oberstufenschulen gab es dort schon. Manchmal wird man ja auch aus Erfahrung klug.

Offensichtlich betrifft das Thema alle Bereiche der Oberschule. Es ist damit Thema der GEW insgesamt. Wäre es da nicht eine gute Idee, wenn die GEW BERLIN mit einer Fachtagung eine breite Grundlage und Diskussionsmöglichkeit bieten würde? Dort könnten dann auch die immer vergessenen Berufsbildner*innen einer interessierten Öffentlichkeit zeigen, wie weit sie eigentlich in dieser Diskussion sind. Man darf gespannt sein. ■

Thomas Isensee, Lehrer im Ruhestand;
Klaus Will, ehemaliger geschäftsführender Redakteur der bbz

Verunsicherung mit System

In der letzten Ausgabe haben wir über die Möglichkeiten der Ausbildungsduldung für Geflüchtete berichtet. Doch verlässlichen Schutz bietet sie nicht. Viele Regelungen sind schlicht absurd

von Stefanie Janczyk

Die Arbeitswelt ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Arbeitsplatz ist schon immer ein Ort der Integration: Zusammen arbeiten, zusammen eine Aufgabe bewältigen, zusammen Pause machen – all das verbindet. Die Gewerkschaften sehen sich in der Pflicht, Sicherheit und Perspektiven für alle zu schaffen. Viele Gewerkschafter*innen und Betriebsräte engagieren sich daher für die betriebliche Integration von Geflüchteten.

Angesichts ihres jungen Alters kommt für viele Flüchtlinge eine Ausbildung in Frage. Doch die betriebliche Integration scheitert allzu oft an rechtlichen und bürokratischen Hürden – selbst dann, wenn sich der Betrieb und der oder die mögliche Auszubildende einig sind. Auch die im Jahr 2016 neu geregelte Ausbildungsduldung hat daran wenig geändert.

Es gibt Aufklärungs- und Überzeugungsbedarf auf allen Seiten

Doch der Weg zur Ausbildung ist nicht leicht. Zum einen ist vielen Flüchtlingen die Bedeutung einer Ausbildung für die Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht klar, zum anderen müssen in manchen Betrieben Vorbehalte gegen die Beschäftigung von Flüchtlingen abgebaut werden. Es gibt also Aufklärungs- und Überzeugungsbedarf. Aber das ist nicht alles. Handelt es sich bei den Auszubildenden um Personen, die keinen sicheren Aufenthaltstitel haben, scheitert das Ganze häufig an den rechtlichen Vorgaben und deren Auslegung.

Dabei sollte das mit dem Integrationsgesetz 2016 anders werden. Damals ist unter anderem die Ausbildungsduldung neu geregelt worden. Ziel war es, für Auszubildende und Betriebe mehr Rechtssicherheit zu schaffen und das Verfahren zu vereinfachen. Bis dato wurde im Ausbildungsfall lediglich eine Duldung für

ein Jahr erteilt, die bei Fortdauer der Ausbildung verlängert wurde.

Seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes können Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die vollziehbar ausreisepflichtig sind, bei Aufnahme einer Ausbildung nun eine Duldung für die gesamte Ausbildungsdauer erhalten. Bei erfolgreichem Abschluss wird unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, die zunächst für zwei Jahre zur Ausübung einer der erworbenen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung berechtigt.

Die jetzige Regelung ist zwar eine Verbesserung, von Rechtssicherheit kann jedoch keine Rede sein. Eine Duldung ist kein sicherer Aufenthaltstitel: Der Staat setzt die Ausreisepflicht lediglich aus bestimmten Gründen – in diesem Fall die Ausbildung – nicht durch. Eine grundsätzliche Unsicherheit bleibt bestehen. Manchen Betrieben ist es schon eine zu hohe Hürde, nicht sicher zu wissen, ob sie von der »Investition« in den oder die Auszubildende*n später auch etwas haben.

Die Ausbildungsduldung ist zudem eine Ermessensleistung. Das heißt, sie kann unter bestimmten Voraussetzungen von der zuständigen Ausländerbehörde erteilt werden. Zwar hat das Bundesinnenministerium Anwendungshinweise herausgegeben, die meisten Bundesländer haben aber eigene Hinweise verfasst. Im Ergebnis führt dies je nach Bundesland zu einer unterschiedlichen Handhabung. Oftmals ist die Auslegung sehr restriktiv.

Eine Ausbildungsduldung wird grundsätzlich nur für qualifizierte Berufsausbildungen erteilt. Außerdem dürfen keine konkreten Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen. Mancherorts gilt es allerdings schon als konkret genug, wenn in irgendeiner Weise vorbereitende ausländerbehördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung eingeleitet wurden. Andernorts ist der Tatbestand einer bevorstehenden Aufenthaltsbeendigung erst gegeben, wenn dem Landeskriminalamt ein Abschiebegesuch übermittelt wurde.

Abschiebung trotz Ausbildungsvertrag

Auch sonst ist die Anwendungspraxis zur Erteilung der Ausbildungsduldung breit gefächert: Manchmal reicht es, dass ein Ausbildungsvertrag vorliegt und bei der zuständigen Stelle, etwa der Handwerkskammer, eingetragen ist. In anderen Regionen muss die Ausbildung in wenigen Wochen tatsächlich beginnen. Vor dem Hintergrund, dass viele Betriebe ihre Ausbildungsverträge Monate vor Ausbildungsbeginn abschließen, ist diese enge Auslegung praxisfern. Für die Betroffenen kann das schwerwiegende Folgen haben, wie das Beispiel eines jungen Afghanen zeigt.

Der afghanische Flüchtling war seit 2016 bei einem mittelständischen, bayerischen Industriebetrieb beschäftigt. Er absolvierte eine Einstiegsqualifizierung und schon währenddessen wurde im Mai der Vertrag für die anschließende Ausbildung ab Herbst 2017 unterschrieben. Doch kurz darauf wurde der Asylantrag des jungen Mannes abgelehnt. Betriebsrat und Arbeitgeber haben mit dem Auszubildenden vergeblich darum gekämpft, dass dieser zumindest eine Ausbildungsduldung erhält. Die Voraussetzungen für eine Ausbildungsduldung lägen nicht vor, teilte die Ausländerbehörde mit. Der Zeitraum zwischen Abschluss des Ausbildungsvertrags und Ausbildungsbeginn sei zu lang. Inzwischen wurde der junge Mann abgeschoben.

Absurde Situationen, gesetzlich gewollt

Nach fast zwei Jahren Integrationsgesetz bestätigen sich die Befürchtungen der Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen in puncto Ausbildungsduldung. Die Lage bleibt unsicher und es kommt zu absurden Situationen: Betrieb und Auszubildende*r sind sich einig und wollen gemeinsam den Ausbildungsweg beschreiten. Oft haben sie sich schon bei einem Praktikum kennengelernt und sind gut vorbereitet. Viel spricht für eine erfolgreiche Integration, doch dann scheitert das Ganze an der Ausländerbehörde. Gerade diese Fälle sprechen sich rum und tragen dazu bei, dass ein Teil der Betriebe davor zurückschreckt, Personen ohne sicheren Aufenthaltstitel als Auszubildende einzustellen.

Viele Verbände haben in der Debatte zum Integrationsgesetz gefordert, statt einer Duldung einen sicheren Aufenthaltstitel für die gesamte Ausbildungszeit zu erteilen und diesen nach erfolgreicher Ausbildung zu verlängern. Das wäre zielführender, war aber politisch insbesondere aufgrund der Ablehnung seitens vieler Innenpolitiker*innen nicht durchsetzbar.

Am Beispiel der Ausbildungsduldung zeigt sich das Spannungsverhältnis zwischen der Logik des Arbeitsmarktes und der Innenpolitik. Während in der Arbeitsmarktpolitik die Frage nach Perspektiven und der Abbau von Hürden hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration im Zentrum stehen, ist das innenpolitische Denken davon geprägt, keine Anreize für Flüchtlinge schaffen zu wollen, nach Deutschland zu kommen. Dieses konfliktbehaftete Spannungsverhältnis manifestiert sich in der Rechtslage und in der Umsetzungspraxis zur Ausbildungsduldung. Leidtragende sind die betroffenen Betriebe und die Auszubildenden.

So irrig man die innenpolitische Denkweise finden mag, es ist nicht zu erwarten, dass sich unter Innenminister Seehofer daran grundsätzlich etwas ändert. Ein Gewinn wäre es schon, wenn kleine Verbesserungen vorgenommen würden. So müsste bundesweit einheitlich geregelt werden, dass der Anspruch auf Erteilung einer Duldung bereits dann besteht, wenn der Ausbildungsvertrag bis zu neun Monate vor Ausbildungsbeginn abgeschlossen und von der zuständigen Stelle geprüft wurde. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen sollten von da an ausgeschlossen sein und für die Zeit bis zum Ausbildungsbeginn muss eine Duldung erteilt werden. Das würde die Situation im Sinne der Betroffenen verbessern. ■

Dieser Artikel erschien erstmals im Heft zum Tag des Flüchtlings 2018 von Pro Asyl. Wir danken für die Genehmigung zum Zweitabdruck.

Stefanie Janczyk,
IG Metall

FOTO: IMAGO/FUTURE IMAGE

Bericht eines Schulroboters

Das Jahr 2030: Roboter*innen sind eingeführt worden, um den Lehrkräftemangel durch die Automatisierung nichtpädagogischer Aufgaben zu bekämpfen. Der *bbz* liegt ein Bericht eines solchen Roboters vor:

Bericht des Schulroboters KNUT_08K06_05: 15. Oktober 2030, 1. Stunde

7:50 Uhr: Schülerin AF scannt ihre Entschuldigung für den Vortag ein; das Fehlen ist in der Cloud als entschuldigt notiert.
7:51 Uhr: Schüler BZ will einen Cloud-Eintrag machen, er müsse in der 8. Stunde zum Kieferorthopäden. Es liegt kein Antrag auf Befreiung vor; bei einer Schnellabfrage der Ärzt*innencloud wird aber der Termin bestätigt. Die Eltern bekommen per SMS eine Abmahnung für die Nichteinhaltung eines pünktlichen Befreiungsantrags sowie die Schulordnung im Anhang.
8:02 Uhr: KNUT notiert den Unterrichtsbeginn. Bisherige Pünktlichkeitsrate der Lehrkraft 501: 80 Prozent, Rang 20 von 80.
8:10 Uhr: Schüler KJ, Schülerin AB, Schüler LM werden von der Lehrkraft reingelassen. Ihre Verspätung ist notiert. Die Eltern bekommen per SMS einen Hinweis, sowie Werbung für Wecker.
8:20 Uhr: KNUT meldet die fehlenden Schüler*innen an die Schul-Cloud. Die Schul-Cloud meldet, dass Schülerin NC zum fünften Mal nicht im Voraus krankgemeldet wurde. KNUT sendet erneut eine Ermahnung an die Eltern per SMS und meldet das fünfte Nichtmelden bei der Cloud des örtlichen Jugendamts. Die Eltern bekommen einen Werbehinweis für den YouTube-Kanal: »Hilfe, mein Kind schwänzt!«
8:22 Uhr: Schülerin KT spricht, ohne sich zu melden. Ihre Frage wird trotzdem von der Lehrkraft beantwortet. Einhaltung der Sprechregel durch KT: 90 Prozent; Einhaltung der Sprechregel durch die Lehrkraft: 75 Prozent. Die Lehrkraft erhält eine Warnung und eine Empfehlung für das Kindle-Buch »Störung durch die Lehrkraft vermeiden.«
8:25 Uhr: Schüler LM kippelt. KNUT sendet Werbung für Achtsamkeitstraining auf YouTube an sein elektronisches Schulbuch.
8:30 Uhr: Schüler LH hat ein Blatt mit Hinweisen und Hilfen, das regelmäßig benutzt wird, verloren. Die Lehrkraft lässt KNUT dieses Blatt aus der Cloud erneut drucken. KNUT notiert das Vergessen durch den Schüler.
8:31 Uhr: Während die Lehrkraft an der Tafel schreibt, bricht eine Schubserei aus. KNUT nimmt wahr, dass Schüler LM das Mäppchen seiner Partnerin LT auf den Boden schubste, weshalb sie ihn »Du Hund« (Beleidigung 312 nach der Schulordnung) nannte. Die Lehrkraft bittet KNUT um Aufklärung und lässt das Fehlverhalten von LM und LT in ihren MyPlaner eintragen.
8:40 Uhr: Lehrkraft gibt die Hausaufgaben an. KNUT teilt die Aufgaben den fehlenden Schüler*innen per SMS mit.
8:45 Uhr: Lehrkraft beendet die Stunde. KNUT erinnert, dass Schüler BZ seinen MyPlaner immer nach der Stunde vorlegen muss. KNUT trägt in dem MyPlaner des Schülers ein, dass er sein Ziel, sich zweimal in der Stunde zu melden, nicht erreicht hat.
8:46 Uhr: KNUT trägt in der Cloud die Stundenstatistik ein: Häufigkeit des Meldens von allen Schüler*innen; Häufigkeit und Dauer der Beiträge der jeweiligen Schüler*innen; Anzahl der kleinen Störungen.
8:50 Uhr: Übersendung des Berichts an SenBJF sowie Google zwecks empirischer pädagogischer und kommerzieller Auswertung.

Bericht Ende *Ryan Plocher*

ZEICHNUNG: JOSEF HOFMAN

Gegen das Vergessen

Wie die Betrachtung der Vergangenheit den Blick für die Zukunft schärft. Eine Gedenkstättenfahrt nach Ravensbrück

von Norma Gertz und Susanne Stecher

Erinnerungs- und Gedenkpolitik beschäftigt die GEW BERLIN seit vielen Jahren. Auch die AG Frauen hat sich angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks dem Thema verschrieben. Deshalb entschlossen wir uns im vergangenen Herbst, eine Gedenkstättenfahrt in das ehemalige Frauenkonzentrationslager Ravensbrück zu organisieren. Mehr als 130.000 Frauen und Kinder sowie 20.000 Männer wurden zwischen 1939 und 1945 nach Ravensbrück deportiert. Sie gehörten mehr als 40 verschiedenen Nationen an, waren im politischen oder religiösen Widerstand aktiv, wurden aus rassistischen Gründen verfolgt, als Kriminelle, Schwule oder sogenannte »Asoziale«. Dennoch zählt Ravensbrück genauso wie das benachbarte »Jugendschutzlager Uckermark« bis heute zu den eher unbekannten Orten nationalsozialistischer Verbrechen.

An einem Samstagmorgen wurden wir in Fürstenberg an der Havel von zwei Gedenkstättenmitarbeiter*innen empfangen.

»Von diesem schönen Ort, mitten in der Stadt, konnte man die Schornsteine des Krematoriums am anderen Ufer sehen«

»Anders als in anderen KZs bestand das Wachpersonal in Ravensbrück überwiegend aus Frauen«

Bereits der Weg zum ehemaligen Konzentrationslager (KZ) war eindrücklich. An mehreren Stationen blieben wir stehen und der Mitarbeiter erklärte uns die Bezüge zwischen der Stadt und dem KZ. Ein Beispiel: Vor einem Haus berichtete er, dass dort früher eine Schreinerei war, von der immer wieder Zwangsarbeiter*innen aus dem KZ angefordert wurden. Der Schreiner, der auch Aufträge direkt für die Schutzstaffel (SS) ausführte, verdiente damit gutes Geld. Nach dem Krieg betonte er jedoch, dass es ihm nicht darum gegangen sei, die Häftlinge auszubeuten, sondern er damit erreichen wollte, dass sie bei ihm einen Tag gut behandelt würden.

Besonders beklemmend war es, als wir am Ufer des Schwedtsees standen, wo heute wie damals eine kleine Promenade durch den Stadtpark führt. Von diesem schönen Ort, mitten in der Stadt, konnte man die Schornsteine des Krematoriums am anderen Ufer sehen, das Teil des KZs war. Neben dem Rauch habe der See auch den Klang der Schüsse ans andere Ufer getragen, erzählte der Gedenkstättenmitarbeiter.

Zu Fuß ging es weiter zum ehemaligen KZ-Gelände. Nach einer Einführung teilten wir uns in Kleingruppen auf. Jede Gruppe bekam eine Kamera und sollte Fotos auf dem Gelände machen. Diese Fotos wurden später in der großen Runde gezeigt und bildeten die Anlässe zu Nachfragen und Diskussionen. Diese Methode, der »Fotospaziergang«, hat uns sehr überzeugt, da wir zum einen selbständig das Gelände erkunden und alles in Ruhe auf uns wirken lassen konnten. Zum anderen boten uns die Fotos die Möglichkeit, gezielte Fragen zu stellen, über Eindrücke zu sprechen und sich auszutauschen.

Danach hatten wir Gelegenheit, das zuvor Gehörte im Rahmen einer kleinen Führung zu vertiefen oder eine der zahlreichen Ausstellungen zu besichtigen, die unter anderem im ehemaligen Kommandantur-Gebäude und den Wohnhäusern der SS untergebracht sind. Unser letzter Treffpunkt war unmittelbar am Schwedtsee, in den ein Teil der Asche der Ermordeten geworfen worden war. Im Krematorium sind noch die Verbrennungsöfen zu sehen. Auf diesem Areal wurde 1959 die »Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück« angelegt. Der Großteil des Geländes war noch bis in die 1990er Jahre hinein nicht betretbar. Jetzt wächst hier Gras, auf einem Gräberfeld blühen Rosen und Gedenkzeichen an der ehemaligen Lagermauer erinnern an die Ermordeten. Jede*r von uns bekam eine Blume, um sie an einem Ort unserer Wahl niederzulegen. Ein sehr bewegender Moment.

Auf dem Rückweg waren alle Teilnehmer*innen voll mit Eindrücken und sehr nachdenklich. Es ist gut, dass es Gedenkstätten gibt, die uns Nachgeborenen zeigen, wozu Menschen imstande sein können!

Das Interesse war so groß, dass eine Wiederholung der Fahrt notwendig war. Diese fand kurz vor den Sommerferien im Juni 2018 statt. Auf beiden Fahrten war deutlich erkennbar, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus unsere Mitglieder in ihrer ganzen Vielfalt anspricht: alle Alters- und Berufsgruppen, Frauen wie Männer, Menschen unterschiedlicher Herkunft, bis hin zu Begleitpersonen, die selbst keine Mitglieder sind – so bunt gemischt sind Veranstaltungen der GEW selten.

Für den 19. Januar 2019 planen wir eine weitere Gedenkstättenfahrt nach Ravensbrück. Diesmal wollen wir uns speziell mit den Täterinnen beschäftigten, die die Geschichte des Ortes maßgeblich prägten. Denn anders als in anderen KZs bestand das Wachpersonal hier überwiegend aus Frauen.

Darüber hinaus wollen wir uns künftig verstärkt mit dem heutigen Rechtsextremismus auseinandersetzen. Den Auftakt macht eine Abendveranstaltung in der Geschäftsstelle am 30. November, zu der wir gemeinsam mit der jungen GEW einladen. Elisa Gutsche von der Friedrich-Ebert-Stiftung wird uns die neu erschienene Studie »Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe« vorstellen. Darin analysieren verschiedene Autor*innen die Anziehungskraft, die rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien und Organisationen europaweit auf Frauen ausüben.

George Santayana schrieb »Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.« Stellen wir uns der Verantwortung!

Norma Gertz und Susanne Stecher, AG Frauen in der GEW BERLIN

FOTO: SUSANNE STECHER

GESICHTER DER GEW

Eckart Müller

Seit 1999 am Leibniz Gymnasium Kreuzberg, unterrichtet in der Hauptsache Kunst. Für sein bestes Werk hält er die Obstbaumwiese im Görlitzer Park, die hat er mit gepflanzt.

Was regt dich am meisten auf?
Dicke Autos, dumme Menschen. Aber auch Lehrer*innen, die in den Ferien für zwei Wochen nach Peru fliegen, um danach Kindern etwas über die richtige Welt beizubringen. Die Klimakatastrophe sind zu oft noch WIR!

Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?
Plattform, Möglichkeit, Verpflichtung

Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?
Am Leibniz geht es uns vergleichsweise sehr gut! Aber die Pflichtstundenzahl muss endlich runter!

Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?
Präsenz, Freundlichkeit, konsequentes Eintreten

Was gefällt dir an deinem Beruf?
Es ist sehr erfüllend, mit Schüler*innen produktiv zu arbeiten und Poster, Büsten, Gemälde, Filme und vieles mehr herzustellen und nebenbei mit ihnen noch über positive Einstellungen für unser aller Leben zu diskutieren.

Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?
Ich würde gerne eine große Wohnungsbaugenossenschaft leiten, um ökologisch und sozial konsequent ausgerichtete Siedlungen in Berlin zu bauen.

Dem Radikalenerlass entgegentreten

Hamburg erzielt einen Etappenerfolg im Kampf gegen Berufsverbote. Berlin muss jetzt aktiv werden

von Ewald Leppin

Die Hamburgische Bürgerschaft beschloss vor drei Monaten, dass der sogenannte »Radikalenerlass« von 1972 ein »unrühmliches Kapitel« auch »in der Geschichte Hamburgs darstellt« und »ausdrücklich bedauert« wurde. Die Bürgerschaft sprach ferner »den aus heutiger Sicht zu Unrecht Betroffenen ihren Respekt und ihre Anerkennung« aus und ersuchte den Senat, die seinerzeit erteilten Berufsverbote und deren Folgen für die Betroffenen in einem historisch angemessenen Kontext wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. So könnte zum Beispiel im Rahmen einer Ausstellung über die Ergebnisse und historischen Hintergründe informiert werden. Dies war zwar deutlich weniger als die GEW gefordert hatte, aber immerhin ein lang ersehnter Schritt nach vorn.

Somit hat, nach Bremen im November 2011 und Niedersachsen Ende 2016, nun auch Hamburg offiziell sein Bedauern gegenüber den Folgen des »Radikalenerlasses« ausgedrückt und sich bereit erklärt, eine regionale Aufarbeitung der Berufsverbote zu gewährleisten. Ob damit auch eine tatsächliche Rehabilitierung der Betroffenen und eine finanzielle Entschädigung in Härtefällen erfolgen wird, wie die GEW und die Fraktion der Linken es in ihren Anträgen gefordert hatten, hängt sicherlich von dem Druck ab, den auch die außerparlamentarisch Aktiven gegen Berufsverbote, allen voran die GEW, entwickeln können. Gleiches gilt für die Forderung der Linken, dass an der politisch-historischen Aufarbeitung der Berufsverbote neben Parlamentarier*innen auch ehemals Betroffene und Gewerkschafts- und Initiativenvertreter*innen beteiligt werden sollten.

In den drei genannten Fällen – Hamburg, Bremen und Niedersachsen – hat es jeweils jahrelange Vorarbeit vor den entsprechenden Parlamentsbeschlüssen gegeben. Aus dem Stand heraus wären dort diese kleinen Erfolgsschritte sicherlich nicht möglich gewesen.

Betroffene rehabilitieren und entschädigen

Auch im West-Berlin der 1970er und 1980er Jahre gab es umfangreichen Widerstand gegen die praktizierte Politik der politischen Disziplinierung und der Berufsverbote. Auch wenn uns, der AG Berufsverbote, genaue Zahlen der Betroffenen leider fehlen, ist so viel gewiss: Der West-Berliner Senat und einzelne Bezirksstadträte hatten vielfältig »zugeschlagen«. Viele ehemals Betroffene leiden noch heute unter den Folgen des »Radikalenerlasses« von 1972. Entsprechende politische Beschlüsse, wie in Hamburg, Bremen oder Niedersachsen, stehen in Berlin noch aus, um für die vollständige Bereinigung des unbewältigten Kapitels Berufsverbote voranzukommen. Es bedarf einer Rehabilitierung sowie gegebenenfalls einer Entschädigung der ehemals Betroffenen und eine gründliche Aufarbeitung.

Wir müssen jetzt Abgeordnetenhaus und Senat mit unserem Anliegen konfrontieren! ■

Ewald Leppin,
für die AG Berufsverbote in der GEW BERLIN

RADIKALENERLASS

Im Nachgang der 68er-Bewegung waren vor allem in den Universitäten und Schulen Aktivist*innengruppen entstanden, die sich intensiv mit der revolutionären Arbeiter*innenbewegung auseinandersetzten und Anschluss an die internationalen Bewegungen zur Veränderung der kapitalistischen Gesellschaften suchten. Als Reaktion auf diese Entwicklung und den Einzug von immer mehr Aktivist*innen auch in den Staatsdienst entstand die Angst, der demokratische Staat könnte von extremistischen Gruppen unterwandert werden. Anfang 1972 beschloss die Konferenz der Ministerpräsident*innen der Länder die »Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst«. Tatsächlich war dies der Startschuss zu der Ära der »Berufsverbote« in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund der Verpflichtung von Beamt*innen, Angestellten und Arbeiter*innen des öffentlichen Dienstes, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, führten Zweifel an der Verfassungstreue zur Ablehnung einer Einstellung. Bis zur endgültigen Abschaffung der üblichen Regelanfrage beim Bundesamt für Verfassungsschutz wurden bundesweit insgesamt 3,5 Millionen Personen überprüft. Davon wurden 1.250 überwiegend als linksextrem bewertete Lehrkräfte nicht eingestellt, rund 260 Personen wurden entlassen.

Der DGB beschloss im Mai 1968 die so genannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB), um gegen die NPD vorgehen zu können. 1973 wurde der Beschluss ausgeweitet auf linke „kommunistische“ Gruppierungen. Von der Bundes-GEW wurde der UVB 1974 übernommen. Alle Landesverbände sollten diesen Beschluss in ihre jeweilige Satzung aufnehmen. In der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner GEW gab es jedoch nicht die für die Satzungsänderung notwendige Dreiviertelmehrheit, was zum Ausschluss der GEW BERLIN aus der Bundes-GEW und dem DGB und zur Spaltung der GEW führte. 1989 strich die GEW den Verweis auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB in ihrer Satzung.

100 Jahre Novemberrevolution

In der Endphase des Ersten Weltkrieges wurde in Deutschland die Monarchie gestürzt. Es begannen revolutionäre Kämpfe mit dem Ziel einer Räterepublik

von Jörg Tetzner

Gibt es in der deutschen Gesellschaft so etwas wie ein historisches Bewusstsein über 1918, das Jahr des erkämpften Kriegsendes, der Novemberaufstände, der Revolution gegen das politische System und der einsetzenden Gegenrevolution? Nützlich wäre es auf jeden Fall. Denn viele der Fragen, welche damals auf der Tagesordnung standen, stehen dort bis heute ungelöst. Manches, was erkämpft wurde, droht wieder verloren zu gehen. Falsche Entwicklungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg erscheinen uns in der modernen Bundesrepublik als Déjà-vu.

Im November 1918 war der Zeitpunkt gekommen, an dem Matrosen und Soldaten, Männer und Frauen in den Betrieben nicht mehr wie bisher weiterleben konnten und wollten. Endlich hatten sie verstanden, dass der Feind nicht die russischen und französischen Ihresgleichen auf der anderen Seite der Frontlinien waren, sondern dass der politische Feind im eigenen Land stand. Jetzt war klar, dass Kaiser, Kapital und Offiziere sie in einen Krieg gehetzt hatten, in dem es nur darum ging, den zu spät gekommenen imperialen Interessen von Kaiserreich und Großkapital mehr Geltungsraum zu verschaffen.

Bluthunde gegen das Volk

Dieses politische Establishment galt es zu zerschlagen. Eine neue Gesellschaft musste her. Zeit für die Republik. Die Forderungen waren: Vergesellschaftung von großen Industriebetrieben, Achtstundentag, Koalitionsfreiheit, Anerkennung von Gewerkschaften und Tarifverträgen, Wahlrecht für Frauen, Bildungschancen für Arbeiter*innenkinder, Räte in den Betrieben und darüber hinaus Wirtschafts- und Sozialräte und schlussendlich: Nie wieder Krieg.

In was für einem Staat wollten die Menschen leben? Karl Liebknecht rief die sozialistische Republik aus. Doch die Führung der SPD um Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Gustav Noske hatte andere Pläne. Berühmt wurde Noskes Ausspruch »Einer muss der Bluthund sein.« Gemeinsam mit den Freikorps schlugen sie die Rätebewegung militärisch nieder. Politisch folgte nun die Eindämmung der Revolution. Bis heute fehlt uns die Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten in wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht nur des Betriebes, auch der Gesellschaft insgesamt. Es fehlt uns die Verankerung des politischen Streiks im Rechtssystem.

Im Januar 1920 demonstrierten dafür mehr als 100.000 Arbeiter*innen vor der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes. Während der Demonstration eröffnete die Polizei das Feuer und viele Menschen wurden erschossen oder verletzt. Die Nazis hoben im Sinne des Kapitals 1934 das Gesetz gleich ganz auf und schafften das Mitbestimmungsrecht vollständig ab.

Das Ende der Chancengleichheit

Dasselbe Schicksal ereilte in der Bildungspolitik ab 1933 die Ansätze von koedukativem Unterricht von Jungen und Mädchen und natürlich jegliche Förderung von Arbeiter*innenkindern aus der Weimarer Zeit. In der SPD war schon manchen Funktionär*innen klar, dass eine demokratische Republik auch neue demokratische Entscheidungsträger*innen braucht, die dem konservativen Mainstream entgegentreten.

Diese Idee musste in der Schule ansetzen und Konrad Ludwig als Schatzmeister der SPD und Kurt Löwenstein als Bildungsstadtrat (beide ursprünglich USPD) organisierten nach dem Tod von Ebert über die Friedrich-Ebert-Stiftung Stipendien und Bildungsmöglichkeiten für Kinder aus der Arbeiter*innenklasse. Hunderte Stipendiat*innen konnten so Abitur machen bzw. studieren. An der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln *(siehe auch Seite 18 bis 19)* konnten unter dem Rektor Fritz Karsen Jugendliche mit spezieller Förderung in drei Jahren Abitur machen und dann studieren.

Der Weimarer Staat mochte sich an derlei Schulsozialismus finanziell nicht beteiligen und für die deutschen Faschist*innen war die Chancengerechtigkeit gefährlich. Karsen wurde 1933 vertrieben, die Schule geschlossen. Bis heute ist die Frage der Bildungsgerechtigkeit durch die neoliberale Austeritätspolitik nicht zu klären und Bildung ist fast wie im Kaiserreich eine Frage der Herkunft.

Jörg Tetzner, Bezirksleitung GEW Neukölln

FOTO: IMAGO/UNITED ARCHIVES

Die Welt mit anderen Augen sehen

Ein Bericht, der jenen Mut macht, die den großen Schritt Auslandsdienst auch wagen möchten

von Bruno Osuch und Constance Velazquez

Als wir im Sommer des Jahres 2015 die Zusage für einen Drei-Jahres-Vertrag an der Deutschen Schule Santiago de Chile erhielten, war das wirkliche Ausmaß dieses Abenteuers nicht zu erahnen. Denn alles hinter uns zu lassen und unseren Lebensmittelpunkt für mindestens drei Jahre in dieses uns praktisch unbekannte Land zu verlagern, war eine große Herausforderung. Nicht nur die Sprache und Kultur, auch das andere Klima, die unterschiedlichen Regeln und Gesetze, die andere Mentalität der Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte vor Ort und vieles andere mehr mussten binnen kürzester Zeit verstanden und verinnerlicht werden. Aber rückblickend können wir sagen: Es hat sich gelohnt!

Mehr als 140 deutsche Auslandsschulen weltweit

Möglichkeiten gibt es viele: In fast jedem größeren Land der Welt gibt es deutsche Auslandsschulen. Insgesamt sind es über 140 an der Zahl, die Tendenz ist steigend. Gesteuert wird das weltweite System von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) in Bonn. Da der Einsatz im Ausland immer in der Regel zwischen drei und sechs Jahren befristet wird, ist die Fluktuation entsprechend hoch und es gibt immer Stellenangebote. Das berufliche Risiko ist gleich Null, da jedes Bundesland für diese Zeit Angestellte und Beamt*innen beurlaubt und ein Rückkehrrecht zusichert.

Natürlich ist jedes Land und jede Schule anders. Es macht einen großen Unterschied, ob man in Europa oder in einem Schwellenland eines anderen Kontinents, wie zum Beispiel Chile, eingesetzt wird. Hinzukommen können erhebliche politische, kulturelle und klimatische Unterschiede. Hier in Santiago, das auf der Höhe von Kapstadt liegt, haben Lehrkräfte das Privileg, sieben Monate im Jahr trockenes und warmes Sommerklima zu genießen und an freien Wochenenden, das Abenteuer in den Anden zu suchen. Zwar ist auch der hiesige Winter von Juli bis September nicht besonders kalt, aber in diesen Monaten erstickt die Metropole mit ihren acht Millionen Einwohner*innen fast im Smog. Besser haben es in dieser Hinsicht die Kolleg*innen deutscher Schulen in jenen Mega-Cities, die wegen ihrer Meereslage trotzdem die bessere Luft haben, wie zum Beispiel Buenos Aires oder Shanghai.

Interessant sind die sehr unterschiedlichen Mentalitäten der Kinder und Jugendlichen. In Südamerika zum Beispiel sind die Schüler*innen meist viel lebendiger, lauter und herzlicher und das auch im Unterricht. Alltäglicher Körperkontakt zwischen Schüler*innen und Lehrkräften, wie zum Beispiel Umarmung und Wangenkuss, ist dort völlig normal, im Gegensatz zu Schulen, die zum Beispiel in Asien sind. Gleichzeitig sind Schüler*innen hier an große Strenge mit empfindlichen Strafen gewöhnt, wie zum Beispiel Nachsitzen am ansonsten freien Samstag wegen Verstößen gegen das Schuluniform-Gebot zum Beispiel. Auch hierbei mussten wir schnell lernen, unseren chilenischen Kolleg*innen mit besonderem Fingerspitzengefühl zu begegnen.

Dabei ist jede Schule trotzdem anders organisiert. Die Deutsche Schule Santiago zum Beispiel ist eine »Begegnungsschule« mit einem rein chilenischen Zweig, der zum chilenischen Abschluss führt und dem etwas kleineren deutschen Zweig, der zum Deutschen Internationalen Abitur führt. Andere Schulen, wie zum Beispiel die deutsche Thomas-Morus-Schule in Santiago, bieten das »German International Baccalaureate« in deutscher Sprache an. Hervorheben muss man die sehr intensive und gute Zusammenarbeit in den Kollegien und zum Teil sogar zwischen den Schulen innerhalb einer Region des jeweiligen Kontinents. So kooperiert die Deutsche Schule Santiago zur jährlichen Vorbereitung auf das Abitur mit den deutschen Schulen in Buenos Aires in Argentinien und Montevideo in Uruguay. Es gibt einen engen fachlichen Austausch, auch durch gegenseitige Besuche.

Unter Privilegierten

Die deutschen Auslandsschulen haben eine wechselvolle Geschichte als Botschafts-, Kolonial-, Missionars- oder Einwanderer-Schulen. Doch im Zuge der Globalisierung und der deutlich gestiegenen ökonomischen und politischen Bedeutung Deutschlands in der Welt, hat sich auch das Klientel der Schulen erweitert. Zum einen durch die vielen sogenannten »Expert*innen-Familien« deutscher, schweizer oder österreichischer Firmen. So stammt zum Beispiel die Technik, und damit auch ein Teil der technischen Manager*innen, der für Chile so wichtigen Kupfer-Bergwerke hauptsächlich aus diesen drei deutschsprachigen Ländern. Zum anderen durch die zahlreichen anderen deutschen Einrichtungen. Neben den bekannteren, wie der »Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit« (GIZ), sind es hier zusätzlich die Fraunhofer-Institute, die in Chile unter

Bruno und Constance (Mitte) berichten von ihren Erfahrungen in Santiago. Aber auch jenseits von Chile waren sie unterwegs: die Fotos links und rechts zeigen Eindrücke aus dem Nachbarland Peru.

FOTO: PRIVAT

anderem die Entwicklung der Solar-Energie unterstützen oder das »European Southern Obervatory« (ESO), das in Chile die größten Teleskope steuert und dessen Hauptsitz sich bei München befindet. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung ist hier mit erstaunlich progressiven Themen aktiv. Herkunftsfamilien mit einem derartigen Sozialkapital können für den Unterricht natürlich sehr von Vorteil sein. Sie ermöglichen außergewöhnliche fachliche Kontakte für Exkursionen, Gastvorträge und vieles mehr. So profitierten wir dadurch von einem ersten Besuch einer Schüler*innengruppe unserer Schule im weltgrößten Untertagebau »El Teniente«, südlich von Santiago. Überhaupt ist die gegenseitige Hilfsbereitschaft unter den Landsleuten erstaunlich, denn die Diaspora verbindet, auch das war eine neue Erfahrung.

Hinzu kommen die vielen Kinder einheimischer Familien mit einer starken deutsch-europäischen Affinität, die in der Regel sehr gebildet und wohlhabend sind. So haben viele Eltern meiner Schüler*innen mindestens ein oder zwei Semester in Europa studiert oder ihren Abschluss in Deutschland gemacht. Sie bekleiden hier nun oftmals sehr herausgehobene Positionen. Diese Gruppe bildet fast überall die Mehrheit in den deutschen Auslandsschulen. Überhaupt gilt Deutschland in Südamerika, und ganz besonders in Chile, geradezu als das »Land aller Länder«. Und zwar nicht nur wegen der deutschen Ingenieur*innenkunst, sondern auch wegen seiner politischen Stabilität und Liberalität sowie seiner, im Vergleich zu den meisten Staaten Lateinamerikas, geradezu paradiesischen sozialen Versorgung.

Südamerika heißt extreme Gegensätze zwischen Arm und Reich

Denn das ist wiederum die Kehrseite dieser Auslandserfahrung: Südamerika, und das dürfte auch für die meisten anderen Regionen der Welt gelten, heißt vor allem auch extremste Gegensätze zwischen Arm und Reich und rigoroser Marktliberalismus, mit anderen Worten: Kapitalismus pur! Ein Beispiel: Seit der Pinochet-Diktatur gibt es in Chile keinerlei Kündigungsschutz mehr für die Arbeitnehmer*innen, auch nicht für die einheimischen Lehrkräfte. Als ich meinen chilenischen Kolleg*innen von den ganz normalen gewerkschaftlichen Rechten aus Deutschland berichtete, traten einigen fast die Tränen in die Augen.

Als Lehrkraft an einer deutschen Auslandsschule lebt man damit in der Regel zunächst automatisch in der Welt der Reichen und Privilegierten und oftmals auch sehr abgeschottet vom Leben des Großteils der Bevölkerung. Das war für uns gewerkschaftlich und politisch erfahrene Kolleg*innen ein eigenartiges Gefühl. Erst auf den vielen Reisen lernten wir »Land und Leute« wirklich kennen, einschließlich der indigenen Bevölkerung wie den Mapuche in Chile oder den Aymara in Peru.

Andererseits dürften viele der deutschen Schulen gerade im politisch-kulturellen Sinne positiv in ihr Umfeld ausstrahlen. So weht etwa regelmäßig am Welt-Aids-Tag am Eingang der Deutschen Schule Santiago weithin sichtbar eine große Regenbogen-Fahne, in einem katholischen Land und einer Stadt mit zahlreichen Schulen des erzkonservativen Opus Dei keine Normalität und eine deutliche Demonstration. Trotz unserer langen Lebens- und Berufserfahrung war der Schritt nach Südamerika gefühlsmäßig fast gleichbedeutend wie »alles zurück auf Null«. Das irritiert zunächst enorm. Aber wenn man allmählich die »europäische Brille« ablegt, wird man wirklich aufnahmefähig für die unglaubliche Fülle neuer Eindrücke und Erfahrungen und das ist der große Gewinn. ■

Bruno Osuch und Constance Velazquez, Lehrkräfte an der Deutschen Schule Santiago de Chile

Lobbyismus aus den Schulen drängen

Das Klassenzimmer ist für Lobbyist*innen und die Werbewirtschaft ein wunderbarer Ort, um ihre Zielgruppe zu erreichen. Lobby Control will Lehrkräfte dabei unterstützen, der Beeinflussung einen Riegel vorzuschieben

von Helmut Bieg

Lobbyismus an Schulen nimmt zu. Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung ist dies natürlich eine Binsenweisheit, doch die Initiative Lobby Control untermauert dies nicht nur mit Zahlen, sondern gibt auch mannigfache Beispiele dafür, wie stark ausgeprägt die Einflussnahme von Lobbygruppen im Schulalltag mittlerweile ist. So hält die Organisation bereits zu Beginn der Broschüre fest, dass »in Deutschland nur 12,5 Prozent der 15-jährigen eine Schule besuchen, an der Wirtschaft und Industrie keinen Einfluss auf die Lehrinhalte ausüben. Im OECD-Durchschnitt sind es 36,3 Prozent.«

Andersherum gesagt, werden also fast 90 Prozent der 15-jährigen deutschen Schüler*innen in irgendeiner Form beeinflusst. Die Vielfältigkeit der Einflussnahme hört gemäß Lobby Control dabei nicht etwa bei Vertreter*innen bestimmter Interessengruppen auf, sondern funktioniert noch viel subtiler und durchdringt jeden Bereich schulischen Arbeitens. Neben den bereits genannten »Expert*innen«, die Unternehmen bevorzugt an Schulen schicken, um gezielt für ihre Interessen Stimmung zu machen und die enorm relevante Zielgruppe der Jugendlichen zu erreichen, gibt es auch immer mehr kostenlose, in ihrer Präsentation sehr ansprechende Lehr- und Lernmaterialien. Hier nutzen Lobbyist*innen die Leerstellen, die der Staat zunehmend durch seinen finanziellen Rückzug aus dem Bildungsbereich hinterlässt: Interessengruppen organisieren neben Materialien auch Wettbewerbe und Spiele, bieten Fortbildungen für Lehrkräfte an, unterstützen massiv die Forderung nach neuen Fächern, verfolgen sogenannte »Schulkooperationen« mit privaten Partner*innen und Vieles mehr, dabei meist eher am eigenen denn am pädagogisch-didaktischen Wohl orientiert.

Der Pisa-Schock bot ein Einfallstor

Wenngleich kein neues Phänomen, so kann spätestens seit dem sogenannten »PISA-Schock« im Jahr 2000 eine Professionalisierung der Lobbygruppen beobachtet werden, bot dieser doch im Rahmen der allgemein ausbrechenden unreflektierten Hysterie um den vermeintlichen Untergang des deutschen Bildungswesens ein willkommenes Einfallstor, die eigene Agenda in den Unterricht einfließen zu lassen. Unternehmen, Unternehmensverbände, Marketing-Agenturen, Dienstleister*innen und Stiftungen arbeiten hierbei kongenial zusammen, um Einzelinteressen zu verfolgen. Werbung für bestimmte Inhalte wird so gestaltet und verpackt, dass

sie am eigentlich geltenden Werbeverbot vorbei platziert werden kann, sei dies durch die Kooperation mit bestimmten Partner*innen (zum Beispiel Schulbuchverlagen und Autoherstellern) oder der Veröffentlichung eigener Studien zur Bildung. Hier tut sich die häufig im Bericht genannte »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) hervor, eine Lobbygruppe des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die in ihrem »Bildungsmonitor« beispielsweise einseitig fordert, Studiengebühren einzuführen und Bildungsstandards und Vergleichsarbeiten zu forcieren.

Um einen Fuß in die Tür zu kriegen werden von den Akteur*innen häufig Mängel hervorgehoben, wie beispielsweise das Fehlen guter Materialien, einer notwendige Professionalisierung der Lehrkräfte in bestimmten Bereichen oder Wissenslücken der Schüler*innen, zum Beispiel beim schon angesprochenen Fach Wirtschaft. Damit wird der Blick verengt auf einzelne Aspekte, die dann besonders hervorgehoben und in den Mittelpunkt eines vermeintlich öffentlichen Interesses gestellt werden – wo es in Wirklichkeit nur um Lobbyinteressen geht. Dies kann auch durch vermeintlich »sinnvolle« Themen geschehen wie eine zunehmende Verschuldung von Schüler*innen, ein Problem, das der Versicherungskonzern Allianz nutzt, um Werbung für das Engagement der Berater*innen von »My Finance Coach« zu machen. Im Bereich des Problemfeldes »Digitalisierung« bieten Google und die Deutsche-Telekom-Stiftung ihre Dienste an. Unlängst gab es den Fall der Verbreitung des vermeintlich kostenlosen Mini-Computers »Calliope« an Grundschulen – ein Marketing-Coup von Google.

CHECKLISTE – LOBBYISMUS IM SCHULALLTAG ERKENNEN UND VERHINDERN

- Wer steckt hinter dem Angebot?
- Wer finanziert das Angebot? Wenn nicht sichtbar, nachfragen!
- Welche Interessen und Ziele verfolgt der Anbieter bzw. die Finanziers?
- Spiegeln sich die Interessen und Ziele des Anbieters im Inhalt des Angebots wider?
- Gibt es andere Angebote die ich auch in Anspruch nehmen könnte?
- Welche Abhängigkeiten gehe ich mit dem Angebot ein? Werde ich oder die Schule bei zukünftigen Entscheidungen beeinflusst?
- Im Zweifelsfall KollegInnen oder andere Eltern um Einschätzung bitten und die Nutzung mit der Schulleitung klären.
- Als SchülerInnen und Eltern bei fragwürdigen Angeboten LehrerInnen oder Schulleitung ansprechen.
- Manipulative Angebote nutzen, um Lobbyismus an Schulen zu thematisieren.
- Besonders auffällige Materialien an LobbyControl schicken.

Schüler*innen sind die werberelevanteste Zielgruppe

Schüler*innen sowie deren Familien sind natürlich eine der werberelevantesten Zielgruppen überhaupt und können in ihrem täglichen »Arbeitsumfeld« so gut und umfassend erreicht werden wie sonst nirgends. Lobbygruppen liefern hier gezielt Anreize und können durch die leicht zu beeinflussenden Jugendlichen politische, gesellschaftliche und inhaltliche Akzente in ihrem Sinne setzen. Die Schule dient somit der Image- und Kontaktpflege, einer Werbung durch Sponsoring sowie der Rekrutierung von Nachwuchs für das eigene Unternehmen.

Es liegt auf der Hand, dass millionenschwere politisch-wirtschaftliche Akteure für ein enormes Ungleichgewicht der Meinungen sorgen können und werden – durch gezielte Einflussnahme mächtiger Lobbygruppen gerät die pluralistische Gesellschaft immer mehr in eine Schieflage zugunsten großer Interessenverbände. Dadurch steigen Intransparenz und Manipulationsmöglichkeiten weiter an, die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern wird gefördert und en passant werden Schulaufgaben privatisiert. Das Ziel sollte daher gemäß Lobby Control sein, diesen Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Die Organisation geht soweit, als Ziel zu postulieren, »Lobbyismus und Meinungsmachen aus dem Klassenzimmer zu drängen«, was freilich nur gelingen kann, wenn Lehrkräfte, Schüler*innen und Politik zusammenarbeiten. Unterm Strich wird deutlich, dass Deutschland schon weit fortgeschritten darin ist, sein Schulwesen ideell outgesourced zu haben und den Wissenserwerb seiner Kinder in die Hände einflussreicher Konzerne und Lobbygruppen gelegt zu haben.

Eines steht jedoch ebenso fest: Lobbyist*innen haben immer nur den Erfolg, den das Individuum ihnen zugesteht. Insofern ist jede*r einzelne von uns »Torwächter*in«. Nehmen wir diese Aufgabe wahr. ■

Dieser Artikel ist zuerst in der Zeitung der GEW Saarland erschienen. Wir danken für die Genehmigung zum Zweitabdruck.
Die Broschüre »Lobbyismus an Schulen« kann kostenlos bestellt werden unter www.lobbycontrol.de

Helmut Bieg, GEW Saarland

FOTO: FLO-FLASH / PHOTOCASE.DE; GRAFIK: LOBBYCONTROL

DIE bbz-SCHWERPUNKTTHEMEN FÜR 2019

Ausgabe	Redaktionsschluss	SCHWERPUNKT
Januar/Februar	28.11.	Arbeitsbedingungen im Kontext inklusiver Schulentwicklung
März	23.01.	Angekommen in Europa: Europas Vielfalt in der Schule
April	27.02.	Volle Kassen – olle Klassen
Mai	27.03.	Übergänge: Von der Grundschule in die Oberschule & von der allgemeinen Bildung in die berufliche Bildung
Juni	01.05.	Bezahlung bei freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe
Juli/August	28.05.!	Kindheit im Wandel der Zeit
September	31.07.	Ende des Fachkräftegebots in Kita und Ganztag
Oktober	28.08.	Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes
November	18.09.	Demokratieerziehung und Kinderrechte
Dezember	30.10.	Unterstützungssysteme für Schule und Kita
Januar/Februar 2020	27.11.	Gewalt in der Schule

Interesse mitzuarbeiten? Dann melde dich bitte bis zwei Monate vor Redaktionsschluss unter bbz@gew-berlin.de

Wofür lernt Said?

In der Schule sitzen und von der Zukunft träumen, wer tut das nicht? Für einige ist die Zukunft jedoch ungewisser als für andere

von Paul H., Schüler an einem Gymnasium in Münster

Seit einem Jahr sitzt Said neben mir in der Klasse: 18 Jahre alt, ein hilfsbereiter Typ, viele Freunde, Küchenchef, für jeden Spaß zu haben. Die Schule fällt ihm leicht, er schafft in fast jeder Prüfung eine Zwei, zum Unterricht kommt er immer vorbereitet. Doch Said hat ein Problem: Er ist aus Afghanistan nach Deutschland geflüchtet und weiß nicht, ob er hierbleiben kann. »Aufenthaltsgestattung gültig bis längstens 27.05.2018« steht in seinem Pass.

»Wenn er in den Nachrichten sieht, dass Flüchtlinge in seinem Alter nach Afghanistan abgeschoben werden, bekommt er Angst.«

Dabei will Said sogar zurück nach Afghanistan, sobald es wieder sicher genug ist und er dort ein normales Leben führen kann. Derzeit haben die Taliban, eine islamistische Terrorgruppe, große Teile des Landes unter Kontrolle. Sie verüben Anschläge mit Hunderten Toten, versklaven die Bevölkerung und bilden perspektivlose junge Männer zu skrupellosen Kämpfern aus.

Als Said geflohen ist, war er 15 Jahre alt. Er hatte in der Nähe der Hauptstadt Kabul gewohnt und war auch dort schon ein sehr guter Schüler, genauer gesagt: Said war in jedem Kurs Klassenbester. Eines Tages wurde es ihm und seiner Familie aber zu gefährlich und sie verließen das Land. Die Flucht, erzählt Said, habe drei Monate gedauert. Gleich am Anfang verlor er seine Familie aus den Augen. Was geschehen ist, darüber will er nicht reden. Seither sucht er seine Familie.

In Deutschland lernte Said schnell Deutsch und ging aufs Gymnasium. Bald gehörte er sogar auch hier zu den Besten in der Klasse. Die in Nordrhein-Westfalen für alle Gymnasiasten verpflichtenden Zwischenprüfungen zum Übertritt in die Oberstufe könnte er ohne Probleme schaffen. Allerdings weiß Said nicht, ob er sie überhaupt schreiben kann. Seine Aufenthaltsgestattung läuft aus. Erst Ende Mai entscheidet sich, ob er noch ein Jahr länger in Deutschland bleiben darf.

»Meine Zukunft ist unsicher«, sagt Said. »Ich weiß nicht, ob ich hier für lange Zeit bleiben darf.« Wenn er in den Nachrichten sieht, dass Flüchtlinge in seinem Alter nach Afghanistan abgeschoben werden, bekommt er Angst. Seine Flucht sei teuer, schwierig und emotional aufreibend gewesen, und er habe bereits Deutsch gelernt. Er will nicht, dass all seine Bemühungen umsonst gewesen sein sollen. Außerdem könne in Afghanistan jeder Tag und jede Nacht die letzte sein, sagt Said.

Mit dieser Angst ist Said nicht allein. Tausende afghanische Flüchtlinge teilen sein Schicksal. Die ständige Angst lähmt auch sie im Alltag. »Wenn man die ganze Zeit daran denken muss, dass man nach Afghanistan abgeschoben werden und dort sterben könnte, dann ist man im Alltag unkonzentriert«, sagt Said. Diese fehlende Konzentration führe zu ständigen Missgeschicken, manche bekämen auch Depressionen oder Herzprobleme.

»Was geschehen ist, darüber will Said nicht reden.«

Aber Said will es in Deutschland schaffen. Er lernt auf seine Zwischenprüfungen in den Fächern Deutsch, Mathe und Englisch. Er will darin gut sein. Egal, ob er am Ende bleiben darf oder nicht.

Im Oktober 2018 erreichte uns eine sehr schöne Nachricht. Nicht nur, dass Said seine Prüfung bestanden hat, sondern auch, dass er in Deutschland bleiben darf.

q.rage heißt das jährlich erscheinende Magazin von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, gemacht von Schüler*innen des Courage-Netzwerks. Einige der tollen Schüler*innen-Texte werden wir in loser Folge in der *bbz* abdrucken. Viel Spaß beim Lesen!
Unter *qrage.online* findet ihr alle Texte des Magazins und noch mehr.

»Aus den Niederungen einer ›Kulturnation‹«, *bbz Oktober 2018*

Liebe Kollegin Frydrych, bitte bleiben Sie standhaft und erfreuen uns auch künftig mit Ihren humorvollen, ironisch-satirischen Beiträgen – und das auch weiterhin ohne die albernen Sternchen. Danke!

Armin Jacob (76)

Zum Leserinnenbrief von Petra Lange »Warum ich mich in der GEW nicht mehr gut aufgehoben fühle«, *bbz Oktober 2018*

Ich habe den Eindruck, es sind vor allem Deutsch- und Geschichtslehrer*innen von Gymnasien, die sich aufgrund der Angleichung der Grundschulgehälter schlechter gestellt sehen. Mir wurde mal gesagt: Augen auf bei der Berufswahl! Aber wie wäre denn folgender Vorschlag: Wir bezahlen nicht mehr unterschiedlich nach Schulart, sondern unterschiedlich nach Fach? Geschichte- und Deutschlehrer*innen erhalten das meiste Geld, da sie ja anscheinend am meisten korrigieren müssen. Danach vielleicht Mathe und die Sprachen? Am wenigsten sollten Sport-, Kunst- und Musiklehrer*innen verdienen, da läuft ja in Sachen Klausuren und Klassenarbeiten eh nicht viel. Oder wir versuchen es mit individuellen Lösungen, smarte Chips, die in die Haut implementiert werden und registrieren, wann immer wir arbeiten, sei es Dienstberatung, Kopieren, Wandertag, Klausurenkorrigieren, Pausenaufsicht ... und dann wird einfach nach geleisteten Stunden bezahlt. Das ist ja dann wohl sicher am gerechtesten. Ups, ich glaube, den Superlativ gibt es gar nicht.

Juliane Kühne

PS: Ich finde im Übrigen tatsächlich, dass Deutschlehrer*innen mehr Arbeit mit dem Korrigieren haben als zum Beispiel Mathematiklehrer*innen. Aber interessanterweise würden Erstere nie mit Letzteren tauschen wollen, wenn man sie mal fragt ...

Die Sambagruppe der GEW BERLIN hat am 16. September am Nollendorfplatz von 11 bis 15 Uhr ein Marathonkonzert gegeben und über 40.000 Zuhörer*innen kamen.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Zum Leser*innenbrief von Alexander Lotz zu »Ein Erzieher meldet sich zu Wort«, *bbz September 2018*

Mit Erstaunen habe ich die Kritik an meinem Artikel gelesen. Öffentliche Kritik ist was Gutes, denn sie zeugt von Diskussionskultur. Ungut ist, wenn in der öffentlichen Kritik das Medium, die *bbz*, gefragt wird, wieso mein Artikel erscheinen konnte. Offene Debatte funktioniert doch eigentlich über Darstellung und Gegendarstellung, und nicht durch Glättung verschiedener Meinungen. Ich war auch verwundert darüber, dass die AG Schwule Lehrer sich zu einem Thema der frühkindlichen Pädagogik äußert, denn die Art und Weise spricht nicht dafür, das Berliner Bildungsprogramm oder ähnliche frühkindliche Bildungskonzeptionen als Diskussionsgrundlage heranziehen zu wollen. Man stelle sich vor, ein Kita-Erzieher äußert sich in der Weise über die Didaktik in Sek-II-Bereich, und trifft dann auf die Kolleginnen und Kollegen bei der LDV. Ich weiß für mich, dass ich Empowerment betreibe. Und ich wünsche mir einen Austausch über dieses Thema, der in der Form anders gestaltet ist.

Cem Erkisi,
Erzieher und Autor des Artikels

»Mutterschutz an Hochschulen erreicht nicht alle«, *bbz September 2018*

Liebe Redaktion, liebe Frau Gola (Frauenbeauftragte ohne Sternchen), Leserbriefeschreiben ist normalerweise nicht mein Ding. Heute aber trotzdem. Meine Meinung zu den Sternchen: sie stören und nerven mich erheblich, außerdem unterstellen sie, mich belehren zu müssen, damit ich zum Beispiel ja nicht bei dem Wort »Studenten« vergesse, dass es auch »Studentinnen« gibt. Vielleicht liegt das auch an meinem Alter. In dem Beitrag über »Mutterschutz an Hochschulen« seid Ihr nicht konsequent. Warum sind keine Sternchen bei »Mutterschutz« und »Mutterschaftsgeld«? Bei »Mutterschutzgesetz« konntet Ihr Euch nicht entscheiden. Habt Ihr Euch übrigens auch mal Gedanken gemacht, wie ein Kind von seiner Mutter mit Sternchen anderen gegenüber sprechen soll? Nichts für ungut.

Werner Kotsch

Das Stück »Phantom« bietet eine gute Möglichkeit für Theater-AGs, über Dramaturgie zu diskutieren, findet Hans-Wolfgang Nickel

FOTO: DAVID BALTZER | WWW.BILDBUEHNE.DE

THEATER

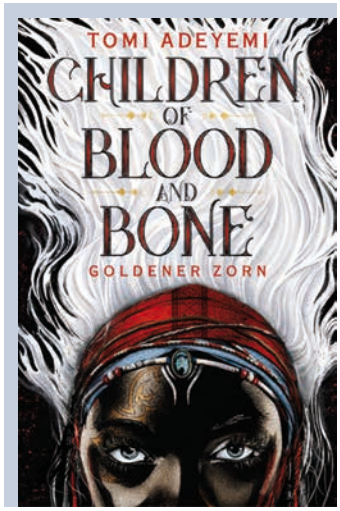
Kritisch gesehen

Neu im **Grips**: *»Phantom (Ein Spiel)«* von Lutz Hübner und Sarah Nemitz. In der ersten Szene sehen wir, wie Mitarbeiter*innen eines Schnellrestaurants beim feierabendlichen Aufräumen zu ihrer Überraschung ein (vergessenes? abgestelltes?) Baby finden. Großes Rätselraten. Wem gehört das Baby? Wohin damit? Was tun? – Im zweiten Teil, so heißt es, führen uns fünf Schauspieler*innen vor, wie es gewesen sein könnte. Freilich immer noch mit dem Text von Hübner/Nemitz. Inhaltlich erfahren wir einiges über Lebenssituationen von Flüchtigen, über Schattenwirtschaft am Rande der Legalität; schwierig allerdings für mich, die Ideen und Vermutungen rund um das »Phantom« mit den Grips-Schauspieler*innen zu verbinden – sind wir real im Theater oder immer noch fiktiv im Schnellrestaurant? Jedenfalls würde ich von Gripsleuten andere »Hirngespinste« erwarten. Schade: das Stück lässt kaum eine Chance, eigene Vorstellungen zu entwickeln. Ab Sek. II; eine gute Möglichkeit für DS-Kurse und Theater-AGs, über Dramaturgie und dramaturgische Möglichkeiten zu diskutieren. *Hans-Wolfgang Nickel*

BÜCHER

Black is beautiful: Fantastisches Meisterwerk!

Tomi Adeyemi schafft mit *»Children of Blood and Bone. Goldener Zorn«* den ersten Teil einer Trilogie, die ganz dem Zeitgeist entspricht. Anliegen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung werden im fantastischen Genre literarisch verhandelt. So begegnen wir in einem Setting, das sich aus westafrikanischer Mythologie speist, Rassismus und Unterdrückung. Seit der Ermordung aller Magier in der sogenannten Blutnacht herrscht in Orisha ein System aus Herrschaft und Angst. Die Ereignisse der besagten Nacht legen die Analogie zum Trauma historischer Genozide nahe. Adeyemi verpackt diesen Ausgangspunkt der fantastischen Erzählung als erinnerte Bilder, die ihre Kraft bis in die Gegenwart entfalten. Natürlich kommt es zum Aufstand, der aber eher aus der wie zufällig wirkenden Verkettung einzelner Ereignisse entsteht. Aus ihrer jeweils eigenen Perspektive erzählen drei verschiedene Held*innen vom Kampf zwischen Gut und Böse, Magie und Nicht-Magie. Es ist zum Teil auch ihr ganz persönlicher Kampf, in den sie in unterschiedlicher Weise involviert



➔ *Tomi Adeyemi: Children of Blood and Bone. Goldener Zorn. Übersetzt von Andrea Fischer, FJB 2018, 624 Seiten*

sind. Die Figuren müssen sich immer wieder ihren Überzeugungen stellen. Jede Etappe ihrer Reise und damit jede neu zu bestehende Aufgabe zwingt sie, ihre Ideale und Werte von Neuem zu hinterfragen. Die Autorin gestaltet gerade mit dem besonderen Beziehungsgeflecht aus Gegensatz und Anziehungskraft eine erzählerische Spannung. Auch beschreibt sie die Handlung so plastisch, dass geradezu ein Film vor dem inneren Auge abläuft. Auf die bereits geplante Verfilmung ist die Leserin schon sehr gespannt, und könnte sich gut vorstellen, dass die Besucher*innenzahlen der Superheldenverfilmung von Black Panther damit übertroffen werden. *Farriba Schulz, AG Jugendliteratur und Medien*

LesePeter im November

Im November erhält den LesePeter das Leporello »Unter meinen Füßen« von Charlotte Guillain und Yuval Zommer. Eine Reise zum Mittelpunkt der Erde und wieder zurück? Die einzigartige Darstellungsform des Leporello ist für dieses Experiment, das spannende Unterhaltung mit Wissensvermittlung verbindet, besonders gut geeignet. Ausgeklappt ist das Leporello 2,50 m lang und umfasst den Aufbau unserer Erde von der Erdkruste über den Erdmantel bis hin zum äußeren und inneren Erdkern. Bei dieser Reise durch die Erdschichten gibt es jede Menge Spannendes und Überraschendes zu entdecken. »Unter meinen Füßen« ist in Aufmachung sowie in Text- und Bildgestaltung ein kleines Kunstwerk. *(Ab 5 Jahren)*

➔ *Prestel, München 2018, ISBN: 978-3-7913-7340-9. 22 Seiten, 20 Euro*

AKTIVITÄTEN

Ringvorlesung zu Digitalisierung

Die Ringvorlesung »Transformationen der Arbeitswelt« von der Technischen Universität und Gewerkschaften findet in diesem Semester wieder statt. Neben der Digitalisierung thematisiert die Ringvorlesung auch Aspekte wie Globalisierung, Migration, Ungleichheit, Klimawandel und die Zukunft von Industrie in der Stadt. Die Ringvorlesung wird vom 23. Oktober 2018 bis zum 22. Februar 2019 jeweils dienstags von 18 bis 20 Uhr an der TU Berlin stattfinden. Sie ist eine Kooperation des DGB Berlin-Brandenburg, der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (ZEWK) an der TU Berlin. Die Vorträge der Ringvorlesung sind für alle Interessierten offen, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Studierende können die Veranstaltung im Rahmen des fachübergreifenden Studiums belegen und 3 Leistungs-

YOGA IN DER SCHULE: DENKMÜTZE

Die Ohren sind sensibel und mit Nerven gut versorgt: Berührungen an den Ohren wirken sich über den ganzen Körper aus. Massiere sanft mit Daumen und Zeigefinger alle Zonen der Ohrmuschel. Zieht danach zusammen eure unsichtbaren »Denkmützen« auf: Die helfen dabei, die Konzentration messerscharf zu halten. Diese erfrischende Übung kann man gut vor Klassenarbeiten einsetzen. Sie passt in jeden Klassenraum, da sie direkt am Tisch gemacht werden kann.

Rachel Brooker, www.turiya.berlin

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER
Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.
NEU
• Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
• sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
• Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...
Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Telefon: 0 35 04/64 33-0
✆ Service-Center Frankfurt:
069/96 75 84 17
www.schulfahrt.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

ILUM
Supervision • Coaching
für Lehrende & Leitende
IMPULSTAG
1.12.2018 · 12-19h
• Schule entspannt meistern •
neue Gruppen und Information auf
www.ilum-berlin.de
nahe S-Schöneberg
INSTITUT FÜR LÖSUNGEN ULRIKE MESECK

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2018
- Achtsamkeitsbasierte Kommunikation
- Interkulturelle Kommunikation
- Clever Kontern – schlagfertig Antworten kreieren
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Auftritte souverän und präsent meistern
- Improvisation u. Singen – Entwicklung v. Kreativität

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

punkte hierfür bekommen. Mehr unter: tinyurl.com/ybgyxn8x

Stipendienprogramm 2°Campus

Der World Wide Fund (WWF) vergibt 20 Stipendienplätze für junge Klimaforscher*innen. Das Stipendienprogramm bietet die Gelegenheit, gemeinsam mit Wissenschaftler*innen für eine klimafreundliche Zukunft zu forschen. Wir suchen für das Jahr 2019 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren, die Spaß am Forschen haben und sich mit ihren Talenten für den Klimaschutz einsetzen möchten! Die Bewerbungsfrist läuft bis 3. Dezember 2018. 2°Campus 2019 findet in den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstferien statt, zumeist in Berlin bzw. in den Städten der jeweiligen Partneruniversitäten. Die Teilnahme ist (bis auf die Anreise) kostenfrei. Ausführliche Infos unter: www.2-grad-campus.de

Politische Justiz in der DDR und autoritären Staaten heute

Gibt es strukturelle Ähnlichkeiten zwischen der politischen Justiz in der ehemaligen DDR und der aktuellen Aushöhlung der Justiz in Staaten wie Russland, der Türkei, Polen und Ungarn? Das Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Berlin, Verein zur Aufarbeitung der DDR- und Stasi-Geschichte, bietet vom 20. bis 21. November eine von der Bundeszentrale für politische Bildung als Bildungsurlaub anerkannte Fortbildung zum Thema an, die sich insbesondere auch an PW-Lehrer*innen wendet. Dozenten: Hans Hermann Lochen, Jurist, ehem. Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Christian Booß, Historiker, Journalist. Gast: Frank Nordhausen, Türkei-Korrespondent der Berliner Zeitung. Wo: Ruschestraße 103, Haus 1, linker Aufgang, Raum 614). Die Teilnahme ist kostenlos. Es ist eine Anmeldung unter bueko_1501_Berlin2@web.de erforderlich. Weiteres unter: tinyurl.com/ybanppdg

SchulKinoWochen 2018

Vom 16. bis zum 30. November finden die 15. SchulKinoWochen Berlin statt. Über 30 Lichtspieltheater über 300 Vormittagsvorstellungen. Das Programm deckt alle Jahrgangsstufen, Fächer und lehrplanrelevante Themen ab. Anschließende Filmgespräche bieten Schüler*innen die Möglichkeit, Hintergründe zu den Filmen zu erfahren und mit Filmschaffenden und Fachexpert*innen ins Gespräch zu kommen. Pädagogische Begleitmaterialien unterstützen zudem die Vor- und Nachbereitung des Kinobesuches. Die SchulKinoWochen sind vom Senat anerkannte Unterrichtszeit. Alle erforderlichen Informationen zum Filmprogramm, den Spielterminen, Workshops und Fortbildungen finden sich im Internet unter www.schulkinowochen-berlin.de. Der Eintritt kostet 3,50 Euro pro Schüler*in, Lehrkräfte haben freien Eintritt.

GEW-Seminar »Schulischer Bildungsauftrag in Zeiten des Rechtsrucks«

Der Rechtsruck macht vor Schulen nicht Halt. Lehrkräften wird fehlende Neutralität vorgeworfen und die Inhalte der pädagogischen Arbeit werden hinterfragt. Mit dem Seminar wollen wir Informationen vermitteln und engagierte Pädagog*innen für ihre Arbeit stärken. Das Seminar findet statt am Montag 26. November, 15.00 bis 18.30 Uhr im GEW-Haus. Anmeldung bitte bis 16. November 2018 per Mail an info@gew-berlin.de

Pädagogischer Salon für Einsteiger*innen

Nach 38 hochengagierten Lehrerinnenjahren an Haupt- und Realschulen bin ich jetzt im Ruhestand und nehme mit zunehmender Wut Artikel und TV-Dokus über das Rumgewurschtel an den Schulen zur Kenntnis. Ich habe die Fächer Englisch, Deutsch, Textilgestaltung, Kunst und Religion/Ethik unterrichtet, war jahrelang Beratungslehrerin und Ausbildungskoordinatorin. Meine jetzige Lebensphase liebe ich sehr, hätte aber durchaus Freude an einem »pädagogischen Salon für Einsteiger*innen«. Im Vordergrund sehe ich Themen wie Unterrichtsgestaltung, Leistungsbewertung, Umgang mit Störungen, Zeitmanagement, ein eigenes pädagogisches Konzept usw. Besonders am Anfang können schnelle Musterlösungen durchaus helfen, den Spaß und das Engagement nicht zu schnell zu verlieren. Ich heiße Anne, lebe in Alt-Tegel (Nähe U6) und hätte Platz für 6 bis max. 8 Leute. Anvisiert ist ein Samstagnachmittag pro Monat. Wer interessiert ist, schreibe an msmail@web.de. Die Teilnahme an dem Angebot ist kostenlos.

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe
Info-Tel.: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

GRIPS
Dschabber
von Marcus Youssef
deutsche Übersetzung von Bastian Häfner
Deutschsprachige Erstaufführung
Für Menschen ab 13 Jahren
In »Dschabber« steht eine junge Muslima im Zentrum einer zarten Liebesgeschichte, die auch von kulturellen Unterschieden unserer Gesellschaft erzählt.
Termine im November: grips-theater.de
GRIPS
HANSAPLATZ 030 – 39 74 74 - 77 grips-theater.de

LockeToursBerlin
Urlaubsreisen, Flug, Hotel, Mietwagen, Ferienhaus, Kreuzfahrten, Fähren, Reisemarkt & Extras ...
Aktuellste Angebote 365 Tage, 24 Stunden mit onlineweg.de – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93, e-mail: DAPBerlin@t-online.de

Preissturz für alle!
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula

Buttons
Maschinen
Zubehör
Mit 10 Jahren Garantie auf Buttonmaschinen!
Graph Druckula GmbH · Gneisenaustr. 2a · 10961 Berlin · Fon: (030) 694 016 20 · Mail: info@graph-druckula.de

MATERIALIEN

LGBTI-Broschüre der bpb

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat im Rahmen ihrer »Themen und Materialien«-Reihe eine Informationsbroschüre zu »Sexualitäten, Geschlechter und Identitäten« herausgebracht. Die Publikation richtet sich an Unterrichtende und bietet Methoden und vielfältige Materialien, mit denen queere Lebensweisen im Unterricht behandelt werden können. Es geht etwa um das politische Engagement von queeren Gruppen, um Geschlechterstereotype im Sport und in der Mode oder um die internationale Situation von LGBTI-Personen. Zu jedem Baustein gehören Vorschläge, wie die Inhalte im Unterricht vermittelt werden könnten: tinyurl.com/y6vl5q4u

FES-Broschüre zu Privatschulen

Fast zehn Prozent der Schüler*innen in Deutschland besucht mittlerweile eine Schule in freier Trägerschaft. Für die einen sind sie elitäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche reicher Eltern. Für andere sind sie eine willkommene Bereicherung des öffentlichen Schulwesens, weil sie die Vielfalt der Bildungsangebote fördern. In ihrem Debattenbeitrag »Privatschulen in Deutschland: Vorschläge zur Steuerung und Finanzierung« präsentieren Burkhard Jungkamp und Valerie Lange Empfehlungen, wie Privatschulen mehr Transparenz schaffen könnten und welche neuen Ideen es zur Steuerung und Finanzierung von Privatschulen gibt – auch im Sinne von mehr Diversität und Inklusion.

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen@gew-berlin.de*

Senior*innen/Junge Alte

Montag, 19. November: Besuch der Liebermann-Villa am Wannsee mit Ausstellung *»London 1938. Mit Kandinsky, Liebermann und Nolde gegen Hitler«*. Treffpunkt: 11.30 Uhr im Foyer, Colomierstr. 3. Eintritt 8 bzw. 5 Euro (Schwerbehinderte). Führungskosten übernimmt die GEW BERLIN. Fahrverbindung Bus 114 ab S-Bahnhof Wannsee 11.17 Uhr bis Haltestelle Liebermann-Villa.
➔ *Reinhard Brettel, Tel.: 69 81 69 31, E-Mail: reinhard.brettel@t-online.de*

Mittwoch, 5. Dezember: Besuch der Ausstellung »Ausgewiesen!«. Berlin 28. Oktober 1938 – Die Geschichte der »Polenaktion« im Centrum Judaicum, Oranienburger Str. 28/30. Treffpunkt: 11 Uhr im Foyer. Eintritt 7 bzw. 4,50 Euro (Schwerbehinderte).
➔ *Reinhard Brettel, Tel.: 69 81 69 31, E-Mail: reinhard.brettel@t-online.de*

Senior*innen Lichtenberg

Donnerstag, 22. November: Literarisch musikalischer Zille-Abend.Die Moderatorin Gisela M. Gulu präsentiert ein Kabinettstück mit Anekdoten, Geschichten, Zeitzeugnissen, Berliner Liedern, Gedichten und Musik aus »Zilles Milljöh«. Kosten: 3 Euro; Treffpunkt: 14.45 Uhr Eingang Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Str. 9, 10319 Berlin; Fahrverbindung: U-Bahnhof Tierpark: U5, Tram 17, 27, 37, Bus 296.
➔ *Gudrun Braune Tel. 030/512 89 58*

Senior*innen Pankow

Montag, 12. November 2018: Wir schauen zurück, werten das vergangene Jahr aus und blicken auf das Jahr 2019. Treff: 14 Uhr, Begegnungsstätte Am Friedrichshain 15/Ecke Bötzowstr.

GEW-Chor

14. und 21. November um 17 Uhr: GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin; 5. Dezember um 17 Uhr, IBZ Wiesbadener Str. 18, 14197 Berlin-Wilmersdorf.
➔ *Monika Rebitzki, Tel.: 030 4 71 61 74 und Eva Besler, Tel.: 030 8 33 57 27*

Singkreis

Mittwoch 28. November um 17.30 Uhr, GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.

Stammtisch GEW Ruheständler*innen

Mittwoch 28. November um 14.30 Uhr, im »Ulrichs« schräg gegenüber dem GEW-Haus

SEMINARE

Eine Auswahl aus dem aktuellen Seminarprogramm der GEW BERLIN: Das gesamte Programm mit den Seminarbeschreibungen findest du online unter www.gew-berlin.de/seminare.

KURS [18-S-2042]

Gesund durch das Berufsleben – »Work-Life-Balance«

Ziel des Seminars ist es, den Kolleg*innen verschiedene Wege aufzuzeigen, um gut für sich zu sorgen, positiv mit Stress umzugehen, dem Burn-Out vorzubeugen und vor allem sich die Freude an der Arbeit zu bewahren. Wir öffnen den Blick für die kleinen Erfolge, lernen, uns professionell abzugrenzen, mit beruflichen Verletzungen umzugehen und die eigenen Träume, Wünsche und Bedürfnisse ernst zu nehmen. Außerdem lernen wir leichte Yogaübungen kennen, die uns helfen zu entspannen.

Für: alle Mitgliedergruppen
Leitung: Isolde Lenniger
Kosten: 25 Euro (Nichtmitglieder 100)
Zeit/Ort: 12.11., 9-16 Uhr, GEW

KURS [18-S-2044]

Präsenztechniken (Mein Auftritt als Pädagog*in Teil II)

Körpersprache, Haltung und Ausdruck stehen immer in Wechselwirkung mit unserer Umwelt. Welche Möglichkeiten des Ausdrucks haben wir, um uns zu vertreten und um »richtig« wahrgenommen zu werden? Ziel des Seminars ist, die eigene Wirkung bewusst zu verändern und einzusetzen. Durch schauspielerische Techniken werden die eigene Präsenz gestärkt sowie Körpersprache, Wahrnehmung und Selbsteinschätzung trainiert. Für eine Teilnahme sind Vorkenntnisse aus dem Seminar »Mein Auftritt« erforderlich.

Für: pädagogisch Tätige an Schulen
Leitung: Maryam El-Ghussein
Kosten: keine (Nichtmitglieder 50 Euro)
Zeit/Ort: 13.11., 9-16.30 Uhr, GEW

KURS [18-S-2047]

Stressprophylaxe – wie helfe ich mir selbst?

Die Teilnehmer*innen lernen, wie Stress entsteht, welche physiologischen Effekte im Körper ausgelöst werden und wie die Auswirkungen von Stress die eigene Gesundheit und Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Das Finden und Erlernen eines geeigneten Entspannungsverfahrens ermöglicht es, eine gesunde Balance zwischen Anspannung und Ruhephasen zu erreichen. Wir stellen die von den Krankenkassen empfohlenen Entspannungsverfahren Hatha-Yoga, Autogenes Training und Progressive Muskelrelaxation vor.

*Für: Erzieher*innen aus Kita und Grundschule*
Leitung: Heike Levin
Kosten: keine (Nichtmitglieder 50 Euro)
Zeit/Ort: 14.11., 9-16.30 Uhr, GEW

KURS [18-S-2049]

Individuelle Förderplanung und differenzierende Unterrichtsgestaltung

In diesem Seminar widmen wir uns dem Dreiklang aus amtlichen Förderplänen, schulinternen Förderplänen und differenzierter Unterrichtsplanung. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Kinder und Jugendliche mit den Förderbedarfen »geistige Entwicklung« und »Lernen« gelegt.

Für: pädagogisch Tätige an Schulen
Leitung: Karin Petzold
Kosten: keine (Nichtmitglieder 25 Euro)
Zeit/Ort: 15.11., 15-18 Uhr, GEW

KURS [18-S-2051]

Verhaltensampel: Wie grenzwahrender Umgang in Einrichtungen gelingen kann

Viele Pädagog*innen sind mittlerweile verunsichert, was eigentlich noch erlaubt ist und was als Grenzüberschreitung gilt. Wir zeigen eine Methode, die eine vom Team entwickelte Verhaltensampel als Ergebnis hervorbringt. Als grünes Verhalten werden Dinge beschrieben, die dem Kind nicht unbedingt gefallen, aber für seine Entwicklung wichtig sind. Gelbes Verhalten ist nicht erwünscht und schadet dem Kind, rotes Verhalten stellt eine Kindeswohlgefährdung dar und kann arbeitsrechtliche Konsequenzen haben. Durch das gemeinsame Erarbeiten der Ampel haben alle Mitarbeiter*innen einen persönlichen Bezug dazu und die Inhalte werden von allen gleich umgesetzt.

Für: pädagogisch Tätige an Kitas und Grundschulen
Leitung: Monika Weber
Kosten: keine (Nichtmitglieder 50 Euro)
Zeit/Ort: 19.11., 9-16.30 Uhr, GEW

KURS [18-S-1103]

Rechtsextrem orientierte Eltern in der Kita

Kinder eignen sich ihre Sicht auf die Welt und auf andere Menschen von den Erwachsenen an. Erzieher*innen stehen dann vor der Aufgabe, mit den Vorurteilen, Diskriminierungen und Stereotypen umzugehen und dabei ihrem Erziehungsauftrag gerecht zu werden. Wie sollte eine professionelle Arbeitsbeziehung zu rechtsextrem orientierten Eltern aussehen?

*Für: Erzieher*innen aus Kitas und Grundschulen*
Leitung: Manja Kasten, Matthias Müller (MBR)
Kosten: keine
Zeit/Ort: 22.11., 9-16 Uhr, GEW

KURS [18-S-2058]

»Bist du arm, oder was?«

Klassismus – Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft: In Deutschland ist es vor allem die soziale Herkunft, die entscheidet, über welche Zugänge zu Bildung und zu kulturellen und materiellen Ressourcen ein Kind verfügt. Nicht die Religionszugehörigkeit, die ethnische Herkunft oder das Geschlecht, sondern die Schichtzugehörigkeit bestimmt, in welchem Stadtviertel ein Kind aufwächst und welche Schulen es besucht, welche Medien, Musik und Bücher es konsumiert und schlussendlich, welchen Beruf es ergreifen und welches Gehalt es einmal verdienen wird.

Für: pädagogisch Tätige
Leitung: Sanem Kleff (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage)
Kosten: keine (Nichtmitglieder 50 Euro)
Zeit/Ort: 22.11., 10-16.30 Uhr, GEW

KURS [V-20181126]

Schulischer Bildungsauftrag in Zeiten des Rechtsrucks

Der Rechtsruck macht vor Schulen nicht Halt. Lehrkräften wird fehlende Neutralität vorgeworfen und die Inhalte der pädagogischen Arbeit werden hinterfragt. Mit dem Seminar wollen wir Informationen geben und engagierte Pädagog*innen für ihre Arbeit stärken.

Für: Lehrkräfte, Sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen
Leitung: Klaudia Kachelrieß (GEW), Samuel Signer (aras)
Kosten: keine
Zeit/Ort: 26.11., 15-18.30 Uhr, GEW

KURS [18-S-2062]

»Mit dem Kind im Dialog« – Grundlagen der Freinet-Pädagogik

Freinet hat praktische Wege gefunden, den Alltag im Dialog mit Kindern zu gestalten, sie an allen für sie wichtigen Angelegenheiten zu beteiligen, sie besser zu verstehen und sich auf ihre subjektiven Anliegen, Absichten und Lernwege einzulassen. Auch für das Leben in der Kita bietet die Freinet-Pädagogik vielfältige Impulse, um selbstbestimmtes Lernen und Partizipationsmöglichkeiten zu befördern, den Kindern das Wort zu geben und ein entdeckendes Lernen zu ermöglichen. Wer sich auf den Weg macht, den Alltag konsequent vom Kind aus zu gestalten, entdeckt dabei den eigenen Forschergeist und hat selbst Spaß am Lernen.

*Für: Erzieher*innen und Leiter*innen aus Kitas*
Leitung: Merete de Kruyf
Kosten: keine (Nichtmitglieder 50 Euro)
Zeit/Ort: 27.11., 9-16.30 Uhr, GEW

KURS [18-S-2064]

Verbale Angriffe meistern

Im Seminar werde ich Methoden aus dem Improtheater und dem Coaching vorstellen, die Möglichkeiten eröffnen, flexibel, situationsgerecht und humorvoll auf verbale Angriffe von Schüler*innen zu reagieren. Im Praxisteil werden wir diese mit Hilfe von Rollenspielen erproben und individuell auf eure Belange abstimmen. Und der Montag kann kommen!

*Für: Referendar*innen, Berufs- und Quereinsteiger*innen*
Leitung: Thorsten Pfeiffer
Kosten: keine (Nichtmitglieder 15 Euro)
Zeit/Ort: 30.11., 15-19 Uhr, GEW

KURS [18-S-2066]

Anleiten im Praktikum

Die Anleitung von Praktikant*innen ist eine wichtige Aufgabe, die von den Erzieher*innen geleistet wird. Das Seminar gibt einen Überblick über die gesetzlichen Grundlagen sowie die Aufgaben und Pflichten der Anleiter*innen und der Praxisstellen. Die Verzahnung von Theorie und Praxis wird an aktuellen Beispielen thematisiert.

*Für: Erzieher*innen und Leiter*innen*
Leitung: Brigitte Holst-Oelke
Kosten: keine (Nichtmitglieder 60 Euro)
Zeit/Ort: 3.-4.12., 9-16.30 Uhr, GEW

Anmeldung unter www.gew-berlin.de/seminare
Veranstaltungsort – wenn nicht anders angegeben – GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Kinderbetreuung Auf Antrag gewährt die GEW BERLIN ihren Mitgliedern einen Zuschuss von 10 Euro pro Stunde zu den Kinderbetreuungskosten.
Barrierefrei sind die Seminarräume im GEW-Haus gegenwärtig leider noch nicht. Bitte nehmt Kontakt zu uns auf.

08. NOV	17.30 Uhr	**AG Quereinstieg**
13. NOV	18.00 Uhr	**Fachgruppe Erwachsenenbildung**
13. NOV	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**
14. NOV	17.00 Uhr	**AG Frieden**
14. NOV	18.30 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
14. NOV	19.00 Uhr	**Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
15. NOV	18.00 Uhr	**Fachgruppe Schulsozialarbeit**
15. NOV	18.00 Uhr	**Kita AG** Welche Aufgaben haben Erzieher*innen in der Kita?
15. NOV	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**
20. NOV	18.00 Uhr	**Junge GEW** Veranstaltungsort: LAIKA, Emserstr. 131, 12051 Berlin
21. NOV	14.00 Uhr	**Senior*innen/Junge Alte**
22. NOV	17.00 Uhr	**AG Lehrer*innenbildung**
27. NOV	09.00 Uhr	**Landesdelegiertenversammlung**
27. NOV	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**
29. NOV	15.00 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**
30. NOV	17.00 Uhr	**Ladies First!** »Frauenrechte versus rechte Frauen«
07. DEZ	18.00 Uhr	**AG Lesbische Lehrerinnen**

ERZIEHER*INNEN HABEN RECHTE

Kennst du deine Rechte als Erzieher*in? Wir bieten am **17. November** den Fachtag »Erzieher*innen haben Rechte« an. In acht Arbeitsgruppen sprechen wir über rechtliche Grundlagen, den Umgang mit Überlastung und Diskriminierung. Infos / Anmeldung: www.gew-berlin.de

UMGANG MIT AUFFÄLLIGEM VERHALTEN

In der Berufsvorbereitung (IBA und BQL) finden sich immer mehr Schüler*innen mit sozial-emotional auffälligem Verhalten. Was bedeutet das für die Kolleg*innen, die dort unterrichten? Diese und weitere Themen der beruflichen Bildung besprechen wir am **13. November** ab 19 Uhr im GEW-Haus.

GEHT ZU DEN PERSONALVERSAMMLUNGEN!

Den **ganzen November** über stehen für die Schulen und Kitas der Eigenbetriebe Personalversammlungen an. Unser Appell: geht da hin und bringt euch ein!

Am 9. November jähren sich die Novemberpogrome der Nazis zum 80. Mal. Wir halten eine Mahnwache am Wittenbergplatz ab 18.30 Uhr IMAGO/C. MANG

GEW-Haus | Ahornstraße 5 | 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr | Telefonsprechzeiten ab 10 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0